

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80  $\frac{1}{2}$  in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Hürnberg, 11. März 1893.

Inserate die viergespaltene Bettzeile oder deren Raum 20  $\frac{1}{2}$  Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

## Gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung.

Unter diesem Titel enthält der Zeitlinger „Wähler“ einen beherzigenswerthen Artikel, den wir unten folgen lassen. Wir können uns mit demselben einverstanden erklären bis auf die Ausführungen am Schlusse über die Arbeitslosen-Unterstützung. Prinzipiell haben wir gegen diese Unterstützung nichts einzuwenden, wir halten nur ihre allgemeine Einführung für unmöglich, weil die Arbeiter in den meisten Berufen nicht im Stande sind, die erforderlichen Beiträge zu leisten. Da auch im deutschen Metallarbeiter-Verbande diese Frage auf der nächsten Generalversammlung eine wichtige Rolle spielen wird, so ersuchen wir die Genossen, sich vorher darüber auszusprechen. — Wir lassen nun den erwähnten Artikel folgen:

Es ist in neuerer Zeit mehrfach vorgekommen, daß Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen den Leitern der politischen Arbeiterbewegung bezw. dieser selbst einen Vorwurf darüber zu machen sich für berechtigt hielten, daß die Gewerkschaftsbewegung angeblich nicht die ihr gebührende Werthschätzung und Unterstützung seitens der politischen Arbeiterpartei erfahre. Es dürfte angezeigt erscheinen, die solchen Vorwürfen zu Grunde liegende Verkennung einer ganzen Reihe tatsächlicher Verhältnisse einmal etwas eingehender zu besprechen, umso mehr, als die Wiederholung solcher Aeußerungen auch auswärts beobachtet wird.

Bei dieser Erörterung haben wir zunächst den Charakter der beiden bis zu einem gewissen Punkte parallel laufenden Strömungen der modernen Arbeiterbewegung ins Auge zu fassen. Die Gewerkschaftsbewegung verfolgt das Ziel und den Zweck, in der heutigen Gesellschaft und unter der kapitalistischen Produktionsweise die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, soweit hierzu bei der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur die Möglichkeit vorhanden ist. Die politische Arbeiterpartei hingegen hat die Aufgabe, die jetzige Gesellschaftsordnung, die ihrer ganzen Natur nach auf der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung der zahlreichen Arbeiterklasse durch die an Zahl weit geringere Klasse der Besizer beruht, durch die Eroberung der politischen Macht zu beseitigen und danach die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische Produktion abzulösen. Die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie, ihre Theilnahme an der Gesetzgebung und ihre faktische oder erstrebte Mitwirkung an den Gemeinverwaltungen — diese Thätigkeit also zur Besserung der Existenzbedingungen der arbeitenden Massen innerhalb der heutigen Gesellschaft ist weit weniger Selbstzweck als vielmehr Mittel zum Zweck, eine aktions- und widerstandsfähige Generation zu erhalten bezw. zu erziehen, der die Eroberung der politischen Macht und die Beseitigung der Klassenherrschaft

als notwendig zu lösende Kulturaufgabe zufällt. Und in diesem Bestreben wird die politische Arbeiterbewegung in demselben Maße durch die Gewerkschaftsbewegung unterstützt, als die Bemühungen der letzteren zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von positiven Erfolgen begleitet sind. Und es werden weiter der politischen Partei durch die Gewerkschaftsbewegung eine Menge tüchtiger, opfer- und kampfesfreudiger Rekruten für die Befreiung der Arbeiterklasse zugeführt. Die Sozialdemokratie hat das auch immer anerkannt und niemals die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung unterschätzt, wie das ja auch den verschiedenen Beschlüssen der sozialistischen Parteikongresse sowohl wie auch aus den den gewerkschaftlichen Organisationen bei Lohnkämpfen gewordenen materiellen Unterstützungen zur Genüge hervorgeht.

Wenn trotzdem neuerdings hier und da die Meinung auftritt, die Sozialdemokratie vernachlässige gewissermaßen die Gewerkschaftsbewegung, so wird dabei zweierlei übersehen. Die jahrelang und bisweilen recht erregt geführte Debatte um die Form der Gewerkschaftsbewegung hat das Resultat ergeben, daß sich die Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen für die Zentralisation entschieden haben.

Man ist hierbei von der ganz richtigen Erwägung ausgegangen, daß die Zentralorganisation weit thätkräftiger und systematischer die Gewerkschaftsaufgaben zu fördern im Stande ist als die lokale Organisationsform. Die weiteren Neubildungen im Gewerkschaftsleben, die Kartellverbände zc., sind natürlich gleichfalls nur beim Bestehen zentraler Organisationen durchführbar und lebenskräftig zu gestalten. Aber die letztere Organisationsform bedingt aus Rücksicht auf die herrliche deutsche Vereinsgesetzgebung in den verschiedenen Staaten des Reiches den Ausschluß aller Politik aus den Gewerkschaftsversammlungen. Es ist noch nicht so lange her, daß gesagt wurde: „Alles an seinem Orte; die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gewerkschaften, die Politik in den politischen Vereinen und öffentlichen Versammlungen!“ Und heute hören wir Klagen, die politische Partei vernachlässige die Gewerkschaften! Ob und in wie weit diese berechtigt sind, wird sich weiter unten ergeben.

Die mit dem Fallenlassen der Lokalorganisation und mit der Einführung der Zentralisation zur Vermeidung der Gefahr polizeilicher Auflösung eingetretene Beschränkung braucht nun aber keineswegs soweit zu gehen, daß unter der neuen Form jede theoretische Betrachtung und Deduktion über das Verhältniß des Unternehmers zu dem Arbeiter einfach und absolut verpönt wäre. Im Gegentheil haben auch die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen die Aufgabe, ihre Mitglieder über die Natur der Lohnarbeit zc. aufzuklären. Allerdings ist Vorsicht geboten. Unter dem Begriff „Politik“ fällt es nach einer Definition des Reichsgerichts, wenn ein Verein oder

eine Gewerkschaft ein bestimmtes Ziel auf dem Wege der Gesetzgebung, also durch die Thätigkeit des Reichstages, des Landtages oder der Regierung, erreichen will. Soweit die Abstellung bestimmter Uebelstände aber — seien es nun zu niedrige Lohnsätze oder zu lange Arbeitszeit, schlechte sanitäre Verhältnisse im Arbeitsraume oder gefahrbringender Mangel von Schutzeinrichtungen — durch die Bethätigung der eigenen Kraft der Gewerkschaft angestrebt wird, steht dem nichts im Wege, ebensowenig selbstverständlich den vorausschickenden Diskussionen, die jene Uebelstände den Gewerkschaftsmitgliedern erst zum Bewußtsein bringen sollen. Also auch in den zentralisirten Gewerkschaften ist Raum und Möglichkeit gegeben, die Mitglieder über das herrschende Lohnsystem zc. aufzuklären und ihnen die Erkenntniß ihrer Klassenlage zu verschaffen. Wir sind überzeugt, alle Gewerkschaften, die über ihre nächstliegenden Interessen und Aufgaben sich zur Mitwirkung an der Erreichung kultureller Fortschritte berufen wissen, werden sich die Aufklärungsarbeit unter den eigenen Mitgliedern in einem Umfange angelegen sein lassen, daß selbst jene Organisationen dabei profitieren, die ihren Anschlag an die moderne Arbeiterbewegung abhängig machten von dem „Ausschluß aller Politik“, nicht etwa aus taktischen Rücksichten, sondern weil nach ihrer Meinung die Politik überhaupt nichts in der Gewerkschaft zu suchen und letztere möglichst viele Mitglieder ohne Ansehen ihrer politischen Ueberzeugung zu umfassen habe. Selbstverständlich wird keine Gewerkschaft ein sich meldendes Mitglied deshalb zurückweisen, weil es die sozialdemokratischen Wirtschaftslehren nicht kennt oder nicht anerkennt. Aber ebenso selbstverständlich ist doch die Aufgabe der Gewerkschaft, solche Mitglieder zum politischen Denken anzuregen, wonach sie als Arbeiter — vorausgesetzt, daß in der Gewerkschaft selbst die erforderliche Einsicht und Klarheit in wirtschaftlichen Dingen herrscht — ganz von selbst den Weg beschreiten, der in die Armee der klassenbewußten Proletarier führt. Wenn also auch jede Parteipolitik aus den zentralen Gewerkschaften fernzuhalten ist, so haben letztere dennoch alle Gelegenheit, ihre Mitglieder zu logisch denkenden Kämpfern für die Sache der Arbeit zu erziehen. Die weitere politische Bethätigung hat dann in politischen Vereinen, Versammlungen zc. zu erfolgen.

Wenn damit die Forderung aufgestellt ist, daß ein jeder Gewerkschaftler Parteigenosse sein oder werden muß, so wird man es andererseits auch den Gewerkschaftsmitgliedern nicht verargen können, wenn sie verlangen, ein jeder Sozialdemokrat müsse auch Mitglied der Gewerkschaft sein. Wäre deshalb der obige Vorwurf allein auf die Thatsache gegründet, daß eine Anzahl Parteigenossen die Gewerkschaftsbewegung als etwas Nebensächliches betrachten oder gar ganz ignorieren und daher nicht einmal die

Mitgliedschaft der betreffenden Gewerkschaftskategorie erwerben, so ließe sich gegen ein solches Argument nur sehr schlecht etwas einwenden. Aber die in dieser Beziehung unzufriedenen Gewerkschaftsmitglieder gehen meist weiter und verwechseln häufig die Partei als solche mit einzelnen Genossen, deren Fernhaltung von den Gewerkschaften überhätig wie bei tausend anderen Arbeitern ihren Grund in der herrschenden wirtschaftlichen Krisis und dem dadurch hervorgerufenen Mangel an Subsistenzmitteln haben kann und in den meisten Fällen auch thatsächlich hat. Ferner aber wird seitens einzelner Gewerkschaftler von den Führern und Abgeordneten der sozialistischen Partei verlangt, daß, wenn sie auch schon längst nicht mehr in ihrer ehemaligen Gewerkschaft thätig sind, sie nicht nur Mitglied in der betreffenden Gewerkschaft sein, sondern auch die regelmäßigen Versammlungen der letzteren ausnahmslos besuchen sollen. Das heißt denn doch weit übers Ziel geschossen. Die Abgeordneten sind wohl sämtlich mit Pflichten und Arbeiten so belastet, daß die Erfüllung der nicht gerade von sehr großem Selbstvertrauen zeugenden Forderung häufig einfach unmöglich ist. So wäre es doch in der That absurd, beispielsweise Bebel zur Erfüllung jener Forderung gegenüber der Drehscheibenorganisation verpflichten zu wollen. Daß hingegen die Abgeordneten nach Möglichkeit die Gewerkschaftsbewegung mit zu fördern suchen, das konnte doch schon immer wahrgenommen werden.

Es gewinnt in der That die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß einzelne Vertrauensmänner oder Leiter von Gewerkschaften, mißmuthig geworden durch die Erfolglosigkeit vieler Bemühungen, einen Sündenbock für die ebenso leidige wie nicht zu bestreitende Thatsache suchen, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung seit längerer Zeit nicht mehr recht vom Fleck will. Diese Erscheinung aber — und das ist das zweite Moment, welches bei den gegen die politische Arbeiterpartei nach unserer Auffassung zu Unrecht erhobenen Vorwürfen gänzlich außer Betracht gelassen wird — findet doch aber ihre völlige Erklärung in der bestehenden wirtschaftlichen Krisis. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß in solchen Perioden die Gewerkschaften immer mindestens stagnieren, wenn nicht gar zurückgehen werden; nur in Zeiten besseren Geschäftsganges wird die Ausbreitungsfähigkeit der Organisationen äußerlich wahrnehmbar in die Erscheinung treten können. Die deprimirende Wirkung der Krisen ist doch auch ganz erklärlich. Die Organisationen werden bei längerem wirtschaftlichem Niedergange zur völligen Ohnmacht verurtheilt, so daß selbst nicht einmal mehr von Abwehrbewegungen die Rede sein kann. Das aktuelle Interesse an den gewerkschaftlichen Vereinigungen tritt dann eben gänzlich in den Hintergrund, sofern diese nicht gleichzeitig gewisse Unterstützungsweige kultiviren. Und das thun

heute leider nur sehr wenige Gewerkschaften. Früher war das anders. Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes zahlten viele Gewerkschaften Unterstüßungen in Krankheitsfällen. In Folge der polizeilichen Auflösungen wurde dieser Zweig dann auf Grund des Hilfskassengesetzes selbständig und unabhängig eingerichtet. Die Gewerkschaften sollten deshalb sämtlich die Einrichtung treffen, die auch während der wirtschaftlichen Krisen das Interesse der Mitglieder und namentlich der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder dauernd wach erhält: die Arbeitslosenunterstützung.

Den Kopf hängen zu lassen hat auch während der jetzigen schlimmen Zeit keine Gewerkschaft Ursache. Viel mehr Veranlassung aber haben sie, während dieser Periode der theilweisen Unthätigkeit alle Vorarbeiten für notwendige oder beabsichtigte organische Weiterbildungen zu treffen, damit die Gewerkschaften beim Eintritt einer besseren Konjunktur sich als fähig zu ihrer sofortigen Ausbreitung und zur Wahrnehmung ihrer eigentlichen Interessen erweisen können.

### Sklave, Höriger und freier Arbeiter.

Bei den neulichen Reichstagsverhandlungen über den sogenannten Zukunftstaats der Sozialdemokraten kam einer der bürgerlichen Abgeordneten auch auf das Lohnsystem zu sprechen und behauptete, daß es immer Lohn gegeben habe und auch immer Lohn geben werde.

Wie bei den ganzen Debatten die volkswidrigste historische und ökonomische Unwissenheit jener Leute zu Tage kam, so zeigt auch diese Behauptung — wenn wir nicht irren, so rührt sie von dem Zentrumsabgeordneten Bachem her — von der naivsten Unkenntnis.

Man unterscheidet drei Stufen in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit: den Urzustand, die Barbarei und die Zivilisation. Im Urzustand herrscht allgemeine Gleichheit der Menschen in politischer und sozialer Hinsicht; man lebt in Blutsverwandtschaften geordnet, und in diesen Organisationen hat der Eine soviel Recht wie der Andere. Der Anfang der Barbarei bezeichnet die Einführung der Sklaverei. Von jetzt an wird das für die Gesellschaft Bestimmende, daß ein Theil der Gesellschaft nicht nur für sich selbst, sondern auch für den anderen Theil arbeitet, und daß der andere Theil nicht selbst produktiv thätig ist, sondern sich von jenem Theil ernähren läßt. Nach einander geschieht das auf verschiedene Weise: durch die Sklaverei, durch das Leibeigenschaftsverhältnis und durch die Lohnarbeit. Der Effekt ist immer derselbe: Sklave, Leibeigener und freier Arbeiter produzieren nicht nur so viel, daß sie ihre eigenen Lebensbedürfnisse decken, sondern produzieren mehr. Dieses Mehr wird von der anderen Klasse der Gesellschaft angeeignet, welche von ihm lebt. Der Unterschied ist nur der: In der Sklaverei ist der Sklave das Eigenthum des Herrn; der Herr befiehlt ihm, so lange zu arbeiten, wie er will, das heißt in der Praxis natürlich so lange, wie der Sklave kann. Dann ernährt, kleidet und logirt ihn der Herr. Wäre der Sklave frei, so würde er entweder weniger arbeiten, nämlich nur so viel, wie er für Wohnung, Kleidung und Nahrung nötig hat; oder er würde ebenso viel arbeiten und dafür besser wohnen, sich kleiden und essen. Indem er aber Eigenthum eines Andern ist und nicht frei über sich verfügen kann, unterliegt er einem Zwang, nach welchem er das, was er gezwungenermaßen über seinen nothdürftigen Lebensunterhalt hinaus produziert, gewissermaßen in dem Besitz seines Herrn lassen muß.

Indem jedoch der Sklave Eigenthum ist, also Vermögensstück, hat der Herr ein Interesse daran, daß es ihm wohlgeht

und er gesund ist. Er wird ihn also nähren und höchstens so anstrengen, daß er nicht krank wird. Er ist dasselbe, was heute etwa ein Pferd ist. Der gegenwärtige freie Arbeiter ist dem Unternehmer egal; er mag eventuell verhungern, das geht ihn nichts an. Wenn das Pferd aber verhungerte, so wäre das für ihn ein Verlust. So kommt es, daß im Allgemeinen körperlich die Sklaven besser gehalten wurden als der moderne freie Arbeiter. Im alten Rom z. B., wo es Sklaven und freie Arbeiter gab, pflegte man gefährliche und ungesunde Arbeiten nicht von Sklaven vornehmen zu lassen, sondern von freien Arbeitern.

Das zweite Stadium ist die Leibeigenschaft. Sie entwickelt sich aus der Sklaverei. Es stellt sich heraus, daß die Arbeit der Sklaven sehr unprofitabel ist. Der Sklave, der durch nichts weiter zur Arbeit getrieben wird, als durch die Peitsche des Sklavenaufsehers, macht diese Arbeit schlecht und nachlässig. Es stellt sich heraus, daß es vorteilhafter ist, wenn man ihm eine gewisse Freiheit gibt. So entwickelt sich aus dem Sklaven der Leibeigene. Dieser unterscheidet sich dadurch vom Sklaven, daß der Theil der Arbeit, welchen er für seinen Unterhalt, und der, welcher für die Bedürfnisse des Herrn bestimmt ist, zeitlich getrennt sind. Der Leibeigene wird auf ein Stückchen Acker gesetzt, wo er drei Tage in der Woche für sich arbeitet und dadurch den Lebensunterhalt für sich und seine Familie verdient; die anderen drei Tage arbeitet er für den Herrn und produziert hier für diesen das, was der Herr zum Leben nötig hat.

Das dritte Stadium ist das der Lohnarbeit. Es stellt sich nämlich heraus, daß auch die Arbeit des Leibeigenen noch unprofitabel ist. Nur durch periodischen Zwang wird er zur Arbeit bei seinem Herrn gebracht und naturgemäß macht er die Arbeit, von der er keinen Vortheil für sich sieht, lieberlich und nachlässig. Wenn man nun den Arbeiter ganz frei macht, ihm gar keinen juristischen Zwang auferlegt, gleichzeitig ihm aber auch kein anderes Existenzmittel läßt als die Arbeit bei einem Andern, kurz, wenn man den modernen Arbeiter schafft, so wird das vorteilhafter sein.

Man jagt also unter allerhand Vorwänden die Bauern und Leibeigenen von ihren Gütern. Sie sind jetzt darauf angewiesen, zu dem Gutbesitzer oder dem inzwischen in der Stadt entstandenen industriellen Unternehmer zu gehen und ihn zu sagen, wir wollen auf deinen Feldern, in deiner Fabrik arbeiten, gib du uns dafür Lohn, damit wir dafür unsern Lebensunterhalt bestreiten können. Nun werden die freien Arbeiter vom Gutbesitzer oder Unternehmer aufgenommen; sie müssen den ganzen Tag arbeiten, erhalten als Lohn aber nicht ein Aequivalent für den gesamten Arbeitsertrag, sondern weniger, nur so viel, als sie nötig haben, um davon leben zu können. Wenn sie sich das nicht gefallen lassen wollen und mehr verlangen, so wird ihnen einfach gesagt, daß sie ja Niemand hält; sie sind ja freie Leute und können gehen, wenn sie wollen. Es finden sich Andere, die an ihrer Stelle die Arbeit verrichten, und sie werden natürlich verhungern. Durch den Hunger also werden die Arbeiter jetzt gezwungen, in Gestalt des Lohnes mit einem Theil des Aequivalents ihres Arbeitsertrags fürlieb zu nehmen; der andere Theil bleibt im Besitz des Unternehmers.

Was ist nun der Unterschied zwischen Sklaverei, Leibeigenschaft und Lohnarbeit? Bei Sklaverei und Leibeigenschaft wurden die Arbeiter, nur die Sklaven und Leibeigenen juristisch gezwungen, auf einen Theil ihres Arbeitsertrages zu Gunsten eines Herrn zu verzichten; bei der Lohnarbeit werden die Arbeiter ökonomisch

gezwungen. Früher trieb die Peitsche, jetzt treibt der Hunger.

Aber früher war der Arbeiter Eigenthum des Herrn und dieserhalb durch das eigene Interesse des Herrn geschützt. Jetzt ist er schutzlos. Wenn der Sklavhalter einmal für einen Theil seiner Leute keine Arbeit hat, so muß er sie doch ernähren; wenn der moderne Unternehmer in dieser Lage ist, so schließt er die Fabrik und läßt die Leute verhungern.

Der moderne Arbeiter steht sich demnach schlechter als der Sklave.

Gewiß, es ist nicht zu leugnen, daß er sich in vieler Hinsicht schlechter steht. Aber einen Vortheil hat er voraus: er ist persönlich frei, ja er ist sogar politisch gleich mit den Andern. Das hat aber ungemaine Bedeutung.

Die Sklaverei wurde auf die Dauer unwirtschaftlich, und so wird auch die freie Lohnarbeit unwirtschaftlich. Einem andern Entwicklungsgang folgend, sind die Dinge jetzt so weit gekommen, daß der Privatbesitz der Produktionsmittel, die Ursache der Lohnarbeit, ein Hemmnis für den Fortschritt geworden ist, genau so, wie seiner Zeit Sklaverei und Leibeigenschaft ein Hemmnis gewesen sind. Die Zukunft weist uns gebieterisch auf eine andere Wirtschaftsform hin; nämlich auf den gesellschaftlichen Besitz der Produktionsmittel, die gesellschaftliche Leistung der Produktion, und damit die Abschaffung der Lohnarbeit. Aber der Unterschied von der Vergangenheit ist der, daß bei dem Uebergang der Sklaverei in Leibeigenschaft, der Leibeigenschaft in Lohnarbeit, die Herren ihre Rechnung fanden, und daß diese Entwicklung also durch sie selbst geschaffen ist. Die Abschaffung der Lohnarbeit und der Uebergang aus der privaten Produktionsweise in die gesellschaftliche liegt aber nicht allein im Interesse der Herren, sondern ist zum Theil gegen ihr Interesse; es ist ein allgemein geschäftliches Interesse, das hier in Frage kommt, nicht eines der besitzenden Klassen. Deshalb muß dieses Mal die Entwicklung von den Arbeitern ausgehen. Sind die Arbeiter persönlich aufrei und haben sie keine politischen Rechte, ist das nicht möglich. Sklaven können rebellieren und furchtbare Sklavenkriege anfangen, Hörige können entseßliche Bauernkriege beginnen, aber dazwischen Revolutionen mit der Waffe in der Hand haben auf die Dauer nichts erreicht. Nur wer die Rechtsentwicklung auf seiner Seite hat, kann endlich siegen. Und das haben die modernen Arbeiter. Indem sie das allgemeine Stimmrecht haben, haben sie juristisch die Macht, die Entwicklung der Verhältnisse zu bestimmen; wenn sie auch thatsächlich diese Macht noch nicht haben, so schadet das doch nichts, sie werden sie bekommen, und daran kann selbst ein eventueller Verfassungsbruch nichts ändern, welcher den Arbeitern das Stimmrecht wieder nähme.

Wie sich nun die Zukunft im Detail gestalten wird, wenn die Zustände so weit sind, daß die Umwandlung stattfindet, das kann natürlich kein Mensch voraussagen; und jeder Verständige bescheidet sich natürlich mit dem, was er allein wissen kann. Solche Fragen sind thöricht, so thöricht wie die Frage des Abgeordneten Bachem, was man denn mit ihm im „Zukunftstaats“ machen werde; darauf gibt es natürlich nur die Antwort, welche ihm Bebel gab: „Man wird Sie als Blechschmied anstellen.“

### Eine sozialistische Gemeinde.

Unter den Gegnern des Sozialismus haben sich verschiedene Spezialitäten herausgebildet: Die Einen behaupten, er verstoße gegen die Natur, Andere, er sei gegen die Vernunft, und wieder Andere sagen, gegen Beides. Daß der Kommunismus und der Sozialismus vor dem Privateigenthum da war, und dieses nur der Durchgangspunkt zur Rückkehr

zu ersterem zu sein scheint, wenn auch natürlich in anderer Form, genirt diese großen Geister nicht. Daß der Sozialismus nur gegen bornirte Vorurtheile vertritt, aber nicht gegen Natur und Vernunft, beweist eine kleine sozialistische Gemeinde Frankreichs, die in einem Artikel der New-Yorker „Evening Post“ vom 22. Dezember 1892 geschildert wird:

Wenige Meilen von Dünkirchen liegt ein von Fischern und Seefahrern bewohnter Ort, Fort Marbyde genannt, in welchem seit dem Jahre 1670 die Einrichtung besteht, daß Jeder in der Gemeinde Geborene das Recht auf einen für Alle gleichen Antheil des Bodens hat. Fort Marbyde wurde von Ludwig XIV. gegründet, und vier Familien waren die ersten Bewohner des Ortes. Sie erhielten 300 Acker Land für sich und ihre Nachkommen, und verstanden es, diesen Besitz im Gemeineigenthum zu erhalten, während ringsum ganz Europa sich in den Krallen habgieriger Privatpekulanten befand. Selbst die große französische Revolution tastete ihre Privilegien nicht an, und heute noch verwaltet die kleine sozialistische Dase ihr Gemeinland nach denselben kommunistischen Grundsätzen, wie ihre Gründer es beabsichtigten.

Das Land der kleinen Gemeinde ist in zwei Abtheilungen zerlegt, von denen der eine Theil an Ackerbauer verpachtet ist; die Pachtsumme wird zu einem Fonds geschlagen, der zur Unterstützung hilfsbedürftiger und nicht mehr erwerbsfähiger Genossen dient. Der andere Theil des Bodens wird in so viel halben Ackern an die selbständigen oder selbständig werdenden Gemeinde-Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechts vertheilt, als die Zahl der Mitglieder beträgt. Kein Bewohner von Fort Marbyde darf aus irgend einem Grunde auf sein Besitzrecht verzichten, er darf von einem Andern sein Stück Land bearbeiten lassen, aber jede Uebersetzung seines Eigenthumsrechtes ist ausgeschlossen. Dadurch, und weil ihr Land mehr einträgt, als sie verzehren können, verheirathen sich die Bewohner von Marbyde sehr frühzeitig, und wenn die Männer auf See sind, erwerben sich die Frauen selbst ihren Unterhalt durch die Bearbeitung des Bodens. Dem Verfasser des Artikels der „Evening Post“ erzählt der Maire der kleinen sozialistischen Republik Folgendes:

„Unsere Gemeinde zählt 1700 Seelen und wir verwalten unsere Angelegenheiten selbst, bauen unsere Schule durch freiwillige Beiträge, und ich bin sicher, daß wir dem Staate niemals einen Cent Kosten werden. Wir heirathen frühzeitig, leben solid, und Ehen mit einem Kindersegen von 10—12 Köpfen sind bei uns nichts Seltenes. Da sich unsere Gemeinde in 30 Jahren verdoppelt hat, so wird uns nichts übrig bleiben, als die Bodenanteile zu verkleinern, denn der Staat wird uns gewiß kein Land mehr geben.“ Auf die Frage nach den Armen der Gemeinde erwiderte der Maire, ein stahlharter Seemann: „Wir haben keine Armen, sondern nur einige alte, bedürftige Leute, die jedoch ihre Häuser und ihr Feld besitzen und vermittelst eines Zuschusses aus dem Unterstützungsfonds ein bequemes Leben führen. Unser Volk kann sein Besitzthum nicht verkaufen, und wenn Jemand nicht zu wirtschaften versteht, so hindern ihn unsere Einrichtungen daran, sich vollständig zu ruinieren.“

Der Ort liegt sehr malerisch, und jedes Haus ist von dem Andern durch Garten und Feld getrennt. Auch unterscheiden sich die Bewohner von Marbyde von ihren Nachbarn durch ihre kräftigen großen Gestalten und ihr sicheres Auftreten.

Wenn die Frage, wie lange sich diese kleine sozialistische Gemeinde inmitten der kapitalistischen Welt halten kann, auch nicht beantwortet werden kann, so verdient die Thatsache ihres über 200jährigen

Bestehens doch aufmerksamste Berücksichtigung. Es gibt in Marbhd kein Privat-Eigentum an Produktionsmitteln im Sinne des römischen Rechtes, als einer Sache, die man gebrauchen und mißbrauchen kann — jus utendi et abutendi — und doch ist das Eigentum vorhanden in Form des Nutzungsrechtes.

Der hier in einer Nußschale erbrachte Beweis der Durchführbarkeit des sozialistischen Grundprinzips, als der Ueberführung der Produktionsmittel in das Gemeineigentum — und in Marbhd ist der Boden das einzige Produktionsmittel — wird den Theoretikern der uneingeschränkten Pflanzmachei vielleicht ein Räthsel abgewinnen. Für den Sozialpolitiker aber ergibt sich eine Fülle von Konsequenzen. Was 200 Jahre inmitten der kapitalistischen Umwälzung in Marbhd geschehen ist, kann unter veränderten Formen im größten Maßstabe durchgeführt werden, und wenn selbst das sozialistische System der kleinen Gemeinde der Bevölkerungszunahme zum Opfer fallen sollte, so ist das Prinzip nicht an sich selbst zu Grunde gegangen, sondern an der eisernen Umarmung der auf Privateigentum beruhenden Nachbarschaft. Denn es ist nur ein logischer Schluß, wenn man aus der Lebensfähigkeit von Fort Marbhd auf die Möglichkeit der Durchführung seiner Verfassung auf alle Gemelnden folgert.

Indessen werden sich die Hanswürste des Kapitalismus nicht abhalten lassen, ihre Mandanten durch Kalauer über den Sozialismus bei guter Laune zu erhalten — sie vermögen den Kern und das Wesen desselben nicht zu erfassen, weil sie nicht wissen, wer ihnen im „Zukunftstaate“ . . . die Stiefel wischen wird. Uns aber mag die Geschichte von Fort Marbhd zum lehrreichen Beispiel dienen.

**Unfallrente und Krankenkasse.**

Eine für die Arbeiter wichtige richterliche Entscheidung wurde von dem Vorstande der „Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter“, G. S. Nr. 29, herbeigeführt. Es handelte sich darum, endgiltig festzustellen, ob die einem Rassenmitglied auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes gewährte Rente auch in solchen Krankheitsfällen auf die Krankenkasse übergeht, die nicht Folge des Unfalles sind. Allerdings war auch die Meinung des Rassenvorstandes von Anfang an die, daß in solchen Fällen die Rente keinen Anspruch auf die Rente habe; da aber das Amtsgericht Altona zu einer gegentheiligen Ansicht sich hinneigte, so handelte es sich darum, unabweislich festzustellen, was Recht ist. Wir lassen nachstehend die bezüglichen Urtheile folgen.

**I.**

Urtheil des Landgerichts zu Hamburg vom 23. März 1892.

In Sachen Moriz Hofmann in Braunschweig, Juliusstraße 29, Vertreter: Rechtsanwältin Alexandra und Dr. Wex, Klägers, gegen die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, G. S. Nr. 29, Hamburg, vertreten durch ihren Vorsitzenden Deisinger, A. D. C. - Str. 58, dieser vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Oppenheimer und Behrens, Beklagte, wegen Krankengeld, erkennt die Zivilkammer IV des Landgerichts zu Hamburg unter Mitwirkung folgender Richter:

- 1. des Landrichters Dr. Bruner,
- 2. des Landrichters Fischer,
- 3. des Landrichters Dr. Krönig

für Recht:  
Unter Abweisung der Widerklage wird Beklagter verurtheilt, an Kläger M 55,82 nebst 6 Prozent Zinsen seit dem Klage-tage zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Das Urtheil ist vorläufig vollstreckbar, dagegen wird der Beklagten nachgelassen,

die Vollstreckung durch Hinterlegung von M 80, — bei der Landgerichtskasse abzuwenden.

**Thatbestand.**

Kläger ist Mitglied der beklagten Rasse. Bei einer bis zum 5. Oktober 1891 währenden Krankheit von 79 Tagen stehen ihm an sich statutenmäßig unbefristet 2,35 pro Tag Krankengeld zu. Beklagte Rasse hat dem Kläger aber nur M 1,63 pro Tag Krankengeld ausgezahlt, wenn sie einen der dem Kläger zustehenden Unfallrente gleichkommenden Betrag von 72 M pro Tag kürzt, was zusammen M 54,72 ausmacht.

Mit dieser Klage verlangt Kläger Zahlung dieses Restes und Erstattung von M 1.10 Porto.

Der Klageantrag geht demnach dahin, Beklagte kostenpflichtig zur Zahlung von M 55,82 nebst 6 Prozent p. a. Zinsen vom Klage-tage zu verurtheilen und das Urtheil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Beklagte hat dagegen um Abweisung der Klage gebeten eventuell Befugung in Gemäßheit § 652 C. P. O. und widerklagend beantragt festzustellen, daß sie befugt sei, den Betrag der dem Kläger zugesprochenen Unfallrente auf das jeweilig zu zahlende Krankengeld in Abrechnung zu bringen.

Auf Grund dieser Widerklage ist die Sache durch amtsgerichtliches Urtheil vom 4. Januar 1892, welches rechtskräftig ist, an das Landgericht verwiesen.

Parteien sind sich darüber einig, daß die Erkrankung des Klägers unabhängig von der Thatsache ist, wegen deren ihm eine Unfallrente zugesprochen wurde.

**Gründe.**

Der § 8 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 läßt deutlich erkennen, daß der Anspruch, welcher dem Rassenmitglied wegen eines Unfalles gegen die Berufsgenossenschaft zusteht, nur dann auf die Rasse übergeht, wenn es sich um ein und denselben Vorfall handelt, welcher die Krankheit und die Minderung der Erwerbsfähigkeit verursacht hat. Während nämlich in dem ersten Satze generell zum Ausdruck gelangt, daß an sich das Krankengeld und die Rente nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis von einander stehen, wird in dem zweiten Satze jenes Abhängigkeitsverhältnis auf den Fall beschränkt, daß die Rasse der hilfsbedürftigen Person eine Unterstützung gewährt hat, zu deren Gewährung die Berufsgenossenschaft gleichzeitig verpflichtet ist. Dabei kann es sich nur um einen Fall handeln, welcher denselben Ursprung hat. Es ist auch gar nicht einzusehen, aus welchem Rechtsgrunde ein solcher abgeleiteter Anspruch auf die Rasse übergehen sollte, wenn der Grund des Anspruchs der zu unterstützenden Person ein ganz verschiedenartiger ist.

Hieraus folgt ohne Weiteres die Berechtigung zur Klage (die Porti sind nicht bestritten) und die Unbegründetheit der Widerklage.

Zur Anwendung gelangen die §§ 87, 649, 652 der Zivilprozeß-Ordnung. (Unterz.)

Dr. L. Bruner. Fischer.  
F. W. Krönig Dr.

**II.**

Urtheil des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg vom 21. Oktober 1892.

In Sachen des Moriz Hofmann in Braunschweig, Vertreter: Rechtsanwältin Alexandra und Dr. Wex, Klägers, Berufungsbeklagte, gegen die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter G. S. Nr. 29 Hamburg, vertreten durch ihren Vorsitzenden Deisinger, A. D. C. - Straße 58, Vertreter: Rechtsanwältin Dr. Oppenheimer und Behrens, Beklagte, Berufungsklägerin, erkannt der erste Zivilsenat des Hanseatischen

Oberlandesgerichts zu Hamburg unter Mitwirkung folgender Richter:

- 1. des Präsidenten Dr. Sieveking
- der Oberlandesgerichts-Räthe:
- 2. Dr. Schindeler,
- 3. " Martin,
- 4. " Hansen,
- 5. " Siebers,

für Recht:  
Die Berufung der Beklagten gegen das Urtheil der Zivilkammer IV des Landgerichts Hamburg vom 23. März 1892 wird unter Berufung der Beklagten in die Kosten der Berufungsklage als unbegründet zurückgewiesen.

**Thatbestand.**

Das Landgericht hat nach dem Klageantrage erkannt und die Widerklage der Beklagten, auf Feststellung, daß sie befugt sei, den Betrag der dem Kläger zugesprochenen Unfallrente auf das jeweilig zu zahlende Krankengeld in Abrechnung zu bringen, abgewiesen. Es ist Berufung eingelegt und von der Beklagten Abweisung der Klage und Feststellung der Widerklage gemäß, vom Kläger Berufung der Berufung beantragt worden. Das Sach- und Streitverhältnis ward wie in erster Instanz vorgetragen, sodas auf den landgerichtlichen Thatbestand verwiesen werden kann.

**Entscheidungsgründe.**

Gegen die landgerichtliche Auslegung des völlig klaren § 8 des Unfallversicherungsgesetzes ist beklagterseits Beachtenswerthes nicht vorgetragen worden.

Die angefochtene Entscheidung befindet sich durchaus in Uebereinstimmung mit der Rechtsauffassung des Reichsgerichts. Entsch. Band 25 Nr. 27.

Demnach war die Berufung als unbegründet zurückzuweisen.

gez.: F. Sieveking. Dr. S. Schindeler. Dr. Martin. Dr. Hansen. Dr. Siebers.  
Damit ist also endgiltig festgestellt, daß die Krankenkassen nur dann ein Anrecht auf die Unfallrente haben, wenn die Erwerbsunfähigkeit eine Folge des Unfalles ist, in Veranlassung dessen die Rente gezahlt wird. In allen anderen Erkrankungs-fällen jedoch hat die Krankenkasse das statutenmäßige Krankengeld zu zahlen ohne Rücksicht darauf, ob der Erkrankte eine Unfallrente bezieht: oder nicht.

**Altersrentenempfänger des Jahres 1891.**

Eine sehr interessante Statistik der Altersrentenempfänger des Jahres 1891 hat soeben das Reichsversicherungsamt veröffentlicht. Die Statistik bezweckt, näheren Aufschluß über den Kreis derjenigen Personen zu geben, die im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auf Grund der Uebergangsbestimmungen in den Genuß der Altersrente gelangt sind. Die Beobachtungen umfassen im Ganzen 126,397 Personen und betreffen im Wesentlichen die bis zum 1. Dezember 1891 rechtskräftig bewilligten Altersrenten. Von den Rentenempfängern waren 90,491 männliche und 35,906 weibliche. Bei der Vertheilung auf die einzelnen Berufsarten ergibt sich die überraschende Thatsache, daß über die Hälfte sämtlicher Rentenempfänger, nämlich 66,338, auf die Land- und Forstwirtschaft entfallen. Hierzu bemerkt die amtliche Publikation: „Die Eintheilung nach Berufsgruppen zeigt ein starkes Ueberwiegen der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Insbesondere lassen die Verhältniszahlen der in den einzelnen Bezirken thätigen männlichen und weiblichen Altersrentenempfänger nach Geburtsjahre deutlich erkennen, daß die beiden Geschlechter vorwiegend in landwirtschaftlichen Betrieben bis zum höchsten Alter erwerbsthätig sind. Das Verhältniß der von der Gesamtzahl eines Geburtsjahrganges auf diese Berufsgruppe entfallenden Rentenempfänger nimmt mit dem höheren Alter stetig zu und steigt von 520 bzw. 440 auf 1000 Personen bis gegen 600 bzw. 500.“ Der Grund für diese Erscheinung muß darin gefunden werden, daß die Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Arbeiten und die ländliche Lebenshaltung gesünder ist, als die industrielle Arbeit in den Städten mit städtischer Lebensgewohnheit. Wie nun einerseits die Landwirtschaft hier nach den größten Vorthell aus der neuen Versicherung zieht, so sind andererseits die

Versicherungsanstalten mit vorwiegend ländlichen Distrikten erheblich stärker belastet, als z. B. die Anstalt Berlin, die ja nur einen städtischen Bezirk umfaßt. So hatte Berlin nur 1146 Altersrentenempfänger gegen 18,912 bei der Anstalt Schlesien, wiewohl die letztere noch nicht die dreifache Anzahl Versicherter als Berlin umfaßt. Nach dem Wohnorte lebten von 90,491 männlichen Rentenempfängern nicht weniger als 78,030 und von 35,906 weiblichen nicht weniger als 29,766 auf dem Lande. Ob diese Zahlen sich mit der Zeit auch durch den Umstand vergrößern werden, daß die Rentenempfänger wegen der geringfügigkeit der Rente von der Stadt aufs Land ziehen, steht dahin; eine darauf bezügliche Feststellung, die ohne Schwierigkeit zu bewirken ist, weil die Versicherungsanstalt von jedem Wohnungswechsel der Rentenempfänger Kenntniß erhält, wäre von Interesse.

Für das erste Jahr der Wirksamkeit des neuen Gesetzes kommt auch das Lebensalter der Altersrentner in Betracht. Die älteste Rentenempfängerin stammt aus dem Jahre 1789, war also z. B. des Rentenbezuges 104 Jahre alt; sie gehört der Landwirtschaft an. Aus dem Jahre 1795 sind zwei männliche Rentner vorhanden, die beide der Landwirtschaft angehören, aus dem Jahre 1796 ebenfalls zwei, ein männlicher und ein weiblicher, die beide gleichfalls der Landwirtschaft angehören; aus dem vorigen Jahrhundert überhaupt 17 männliche und 10 weibliche, im Ganzen 27.

Von großem Interesse sind die Feststellungen über die Rentenhöhe und den Jahresarbeitsverdienst der Rentenempfänger. Von den 90,491 männlichen Rentenempfängern fällt fast die Hälfte, nämlich rund 39,000, auf die niedrigste, die I. Lohnklasse, und nur ein sehr geringer Theil, nämlich rund 500 auf die höchste, die IV. Lohnklasse. Ein noch ungünstigeres Verhältniß findet bei den weiblichen Rentenempfängern statt, wo von rund 40,000 Rentenempfängerinnen rund 30,000 auf Lohnklasse I fallen und nur 70 auf Lohnklasse IV. Nimmt man an, daß die im § 23 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes als Lohnsätze angegebenen Beträge dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst in den Jahren 1888 bis 1890, der bei Bewilligung der Rente maßgebend war, gleichkommen, so ergeben sich folgende Zahlen über die Höhe des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der Rentenempfänger. Sowohl bei männlichen wie bei weiblichen Rentenempfängern war der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst in der Landwirtschaft am niedrigsten; er betrug 414 bzw. 305 M. Mit zunehmendem Alter nimmt der Jahresarbeitsverdienst ab. Während er für den Jahrgang 1821 noch 513 bzw. 352 M betrug, ist er für den Jahrgang 1806 auf 405 bzw. 337 M gesunken. Unter Berücksichtigung der oben angegebenen Zahlen über den Wohnsitz der Rentenempfänger, beträgt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der Rentenempfänger in der Stadt 669 bzw. 412 M, auf dem Lande 441 bzw. 326 M. Nach krasser treten die Unterschiede unter Berücksichtigung der einzelnen Bezirke der Versicherung hervor. In den beiden Bezirken, die ausschließlich oder hauptsächlich Stadtbezirke umfassen, war der Jahresarbeitsverdienst am höchsten in Berlin mit 795 bzw. 430 M und in den Hansestädten mit 764 bzw. 490 M. Am niedrigsten war derselbe in Ostpreußen mit 332 bzw. 302 M. Diese Zahlen dürften den Agrariern wohl den besten Aufschluß geben über die Gründe der „Entvölkerung des Ostens“ und der „Ueberfüllung der großen Städte.“

Die vom Reichsversicherungsamt veröffentlichte „Statistik“ erweist sich hiernach als sehr werthvoller Beitrag nicht nur für die Beurtheilung der speziellen Versicherungsverhältnisse, sondern unserer Arbeiterverhältnisse überhaupt. Wir wollen wünschen, daß das Reichsversicherungsamt mit diesen Veröffentlichungen fortfährt und hierbei auf immer größere Vervollkommenung bedacht ist.

**Nichtarbeiter und Konsumenten.**

Alle Menschen existiren in der zivilisirten Gesellschaft dadurch, daß sie die Dinge verbrauchen, welche durch Arbeit erzeugt werden; folglich sind es lediglich die Arbeiter, welche die Gesammtheit erhalten. Aber nicht alle Menschen arbeiten, sondern Viele verzehren, ohne dafür brauchbare Dinge, welche sie erzeugten, hinzugeben. Das sind indessen durchaus nicht die Meisten, wie vielfach angenommen wird, vielmehr liegt es im Wesen der gegenwärtigen Gesellschaft, daß auch viele beschäftigte Menschen durch die Produkte der Arbeit Anderer unterhalten werden, ohne selbst an der Waarenherzeugung Antheil zu nehmen.

Nach den amtlichen Einkommensstatistiken gibt es etwa vier Prozent sehr wohlhabende Leute, das sind die Großindustriellen, Großgrundbesitzer, Bankiers, Rentiers und andere Kapitalisten, sowie die höheren Beamten in

Kirche, Staat und Kommune. Daß dieselben nicht arbeiten, andererseits aber ganz ungeheure Summen einnehmen, welche aus den Arbeitern herausgehoben werden, begreift Jeder, der kein Kassenbuch im Kopf hat.

Das nämliche, wenn auch nicht in so augenfälliger Weise, ist der Fall mit jenen 11 Prozent der Bevölkerung, welche amtlichen Feststellungen zufolge ein gutes Einkommen haben, ohne geradezu reich im engern Sinne des Wortes zu sein. Denn auch sie arbeiten höchstens nominell, tragen aber zur eigentlichen Warenerzeugung wenig oder gar nichts bei. Es sind dies die mittleren Beamten, Krämer, Hausherrn, die Reste des ehemaligen Kleinbürgerlichen Mittelstandes, und jene Leute, welche gleichsam eine neue Mittelklasse bilden, obgleich sie größtenteils ganz und gar in den Dienst des Großkapitals gestellt sind. Das sind die Jobber und Matler, Oberkassentreiber, Güterverwalter, Geschäftsagenten, Zeitungsschreiber und Membrantrampeler der buntesten Art.

Was nun aber die verbleibenden 85 Proz. betrifft, welche man die nichtbehängenden Klassen nennt, so ist es durchaus falsch, anzunehmen, dieselben bilden die Arbeiterklasse. Die Wahrheit ist, daß mehr als ein Drittel dieser unheimlichen Volksklassen gleichfalls nicht produziert und doch konsumiert, so daß also kaum die Hälfte der Arbeitsfähigen für alle die Existenzmittel schafft. Und was das Schlimmste ist: Nur ein sehr kleiner Teil der unheimlichen Nichtproduzenten leistet anderwärts nützliche Dienste, wie z. B. ein Bruchteil der Volksschullehrer, jene Schriftsteller, welche zur allgemeinen Aufklärung und vernünftigen Unterhaltung des Volkes beitragen. Die meisten literarischen und beherrschenden Klassen sind in der Tat der herrschenden Klassen und haben die Aufgabe, für Aufrechterhaltung der Dummheit zu sorgen.

Eine ungeheure Armee bilden auch die Leinwandweber männlichen und weiblichen Geschlechts, welche bezahret, nicht arbeiten und lediglich die Affen und Spielpuppen der Reichen spielen.

Bedeutend zahlreicher noch sind jene Personen, welche der Staat (die Gewaltsmaschinerie der bestehenden und ausbreitenden Klasse), ohne sie über das Niveau der Unbemittelten emporzuheben, anwendet, die Mittel zur Erhaltung seines Wesens, bestehend in fortwährender Drangsalierung der „Untertanen“ zu liefern; dann auch um das heilige ergaunerte Privatguthum mit einem von Waffen strotzenden Schutzwall zu umgeben. Steuerhahnen, Zollwächter, Amtsdienner und sonstige Subalterne; Soldaten, Gensdarmen, Polizisten, Gefängniswärter zc. beugen uns auf Schritt und Tritt.

Wer demnach ferner diejenigen zu zählen, welche sich heutzutage vermöge eines total ungerichteten, wilden, schwindlerischen Waarenverkehrs in wahrhaft verräucherter Weise in der Welt umher schleifen, die Waaren durch allerlei betrügerische Kniffe einladender für den Käufer zu machen, durch direkte und indirekte Marktstreitereien, gleich Bauernfängen, Kunden anzulocken und durch Schanderei die Konsumenten hin und herzuführen, um sie über's Ohr zu haufen. Alle diese Helfershelfer des Handels erzeugen so wenig wie die Kaufleute selbst irgend welche Kennwerthe, konsumieren aber und sind so zahlreich wie der Sand am Meer.

Alle jene, welche zwar arbeiten, aber nur schäbliche oder unnütze Dinge erzeugen, sind ebenfalls zu denen zu zählen, welche Waaren verbrauchen, ohne dafür etwas zu leisten, was allen zu Gute kommen könnte. Solch' unnützes oder schädliches Arbeiten findet statt beim Errichten von Kasernen, Festungen, Kirchen, Denkmälern für Volkstetende, beim Erzeugen von Werkzeugen zur Kriegsführung, bei der Fabrikation von Gegenständen, die nur einer blödsinnigen Prunklust und den Ausschweifungen der Reichen dienen zc. zc.

Endlich — um von minder zahlreichen Gruppen gar nicht zu reden — müssen die Kleinsten des Pauperismus hierher gerechnet werden. Das sind jene, welche theils unter den Folgen des modernen Produktionsystems vorzeitig arbeitsunfähig geworden sind, oder trotz ihrer Arbeitsfähigkeit auf dem Sklavenmarkt keine Käufer finden können.

Was ergibt sich nun aus diesen Aufzählungen? Sie beweisen, daß ein System, welches nahezu die Hälfte aller Einwohner zu Gunsten einer verschwindenden Minderheit von der Produktion ausschließt und theils zu Schand, theils zu Vergnügungszwecken anwendet, einen anderen Teil aber gänzlich unthätig am Leben erhalten anheim läßt, während die andere Hälfte überanstrengt wird und doch nicht des hinreichenden Unterhaltes sich erfreut — daß ein solches System ebenso wahrhaftig wie verbrecherisch ist und mithin zu seiner Beseitigung förmlich herausfordert.

Anträge zur Generalversammlung des D. M. V.

a) Statuten-Änderung.

§ 3. Dem Verband können alle gegen Lohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beitreten usw.

§ 4. Essen a. Ruhr. Das Beitrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 60 M, für weibliche 25 M usw.

§ 5. Verwaltungsstellen des Kreises Solingen. Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 10 M usw.

§ 6. Einbad, Einzelmitglieder. Angesichts der allorts herrschenden Geschäftsnot und der dadurch bedingten Wiedereinnahmen der Arbeiter, andererseits um die größere Ausbreitung des Verbandes zu erreichen, die Beiträge versuchsweise von 15 auf 10 M herabzusetzen.

§ 7. Hamburg, Sektion der Selbstgelehrten. Dem Abt. 2 folgende Fassung zu geben: Erforderlichen Falls kann der Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses die Erhebung von Extrabeiträgen anordnen, dieselben sind für die weiblichen Mitglieder ihrem so stigen Beitrag entsprechend festzusetzen. Erhöhung der Beiträge kann nur durch Beschluß der Mitglieder erfolgen.

§ 8. Einzelmitglieder in Würzen i. S. Abt. 1: ... 1 M betragen. Das folgende von „und hat das betreffende Mitglied“ ... bis „zurückgelegt hat“ zu streichen.

§ 9. Verwaltungsstellen des Kreises Solingen. Abt. 2: Verheiratete Mitglieder, welche wegen ihrer Thätigkeit für den Verband gewahrt werden, sind am Orte zu unterstützen.

§ 10. München. Abt. 4 zu streichen. § 11. Stuttgart. Abt. 5: Mitglieder, welche auf einer solchen Tour 25 M erhalten haben, darf während eines Vierteljahres keine weitere Unterstützung verabreicht werden. Die höchst zulässige Summe, die ein Mitglied innerhalb eines Jahres an Wanderunterstützung erheben kann, beträgt 40 M.

§ 12. Essen a. Ruhr. In § 2b und § 5, sowie überall statt des Wortes „Reisegeld“ „Reisekosten“ zu setzen.

§ 13. Stuttgart. Unterstützungen nach § 2c können nur mit Genehmigung des Vorstandes an solche Mitglieder, welche mindestens 6 Monate dem Verband angehören, gewährt werden usw.

§ 14. Konstantz. Verheiratete Mitglieder, welche außer Arbeit sind, sollen künftighin eine Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

§ 15. Brandenburg. Dem Abt. 2 folgende Fassung zu geben: Bei Krankheit oder sonstigen Nothfällen ist ein Mitglied für die Zeit vom Beitrag befreit ohne ihn später nachzahlen zu müssen. Arbeitslose sind vom Beitrag nur soweit befreit, als sie durch Verhältnisse gezwungen werden, am Orte zu bleiben. In allen vorhergesagten Fällen beginnt die Zeit erst mit der 2. Woche und muß der Ortsverwaltung hierüber berichtet werden.

§ 16. Einzelmitglieder in Würzen i. S. Abt. 6 anzufügen: Sämtliche Urenkel für die Vertrauensmänner werden vom Vorstand des Verbandes geliefert.

§ 17. Essen a. Ruhr und Görlitz. Abt. 7: Zur Beitrittsgeld ... 25 Proz. der Beiträge ...

§ 18. Brandenburg. Jede Wahlabtheilung wählt für je 400 Mitglieder einen Abgeordneten. Ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 400 theilbar, so ist für die überschüssige Zahl, wenn dieselbe 200 beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

§ 19. Görlitz, Konstantz und München. Statt 300 ... 500 Mitglieder und statt 150 250 zu setzen.

§ 20. Eßlingen (beide Verwaltungsst.) und Reutlingen. Statt 300 600 und statt 150 300 zu setzen.

§ 21. Görlitz. Anzuführen: Der Vorstand hat bei Ausschreibung einer Generalversammlung den Sitz des nächstliegenden Wahlkomitees mitzutheilen.

§ 22. Hamburg (Sektion der Selbstgelehrten zc.) Dem Abt. 2 folgende Fassung zu geben: Sie wird durch Abgeordnete gebildet, welche durch die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit absoluter Majorität. Zu ihrer Vornahme werden Wahlabtheilungen gebildet, welche der Vorstand festsetzt. Die Wahlabtheilungen sind in der Weise zu bilden, daß für Orte, wo die Mitgliederzahl von 200 bis 500 beträgt, ein Abgeordneter gewählt wird und für je 500 Mitglieder mehr ein weiterer Abgeordneter. Ist die zuletzt verbleibende Mitgliederzahl nicht durch 500 theilbar, so ist für die überschüssende

Zahl, wenn dieselbe 250 oder mehr beträgt ein weiterer Abgeordneter zu wählen. Für Orte, an denen die Mitgliederzahl unter 200 ist, sind die Wahlabtheilungen in der Weise zu bilden, daß für je 200 Mitglieder ein Abgeordneter gewählt wird.

§ 23. Brandenburg. Die Delegirtensteuer ist obligatorisch einzuführen, doch darf dieselbe 10 M für eine Rechnungsperiode nicht übersteigen.

§ 24. Konstanz. Die Delegirtensteuer soll künftighin ratenweise eingezogen werden und im Gesamtbetrage 80 M pro Mitglied nicht übersteigen.

§ 25. München. Die Kosten sind ... Extrasteuer von 30 M anzubringen, welche in 2 Raten zu je 15 M zu bezahlen ist.

§ 26. Görlitz. Die Kosten der Generalversammlung sind durch 3, jährlich in den Monaten März, August und November von jedem Mitgliede zu entrichtender Extrabeiträge 20 M zu decken.

§ 27. Einbad, Einzelmitglieder. Die Delegirtenbeiträge in vierteljährlichen Raten zu erheben.

§ 28. Reutlingen. Die arbeitslosen Mitglieder nicht zur Delegirtensteuer heranzuziehen, ferner die außerordentlichen Beiträge für die Generalversammlung nicht auf ein Mal zu zahlen, sondern in vierteljährlichen Raten im Jahre der Generalversammlung.

b) Allgemeine Anträge.

Nächste Generalversammlung betr. Garmen. In Erwägung, daß der Nutzen der Generalversammlungen in keinem Verhältnis zu ihren Kosten ist, beantragen die Mitglieder der Verwaltungsstelle Garmen. Die nächste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in drei Jahren abzurufen.

Verbandsorgan betr. Einzelmitglied der Dresden-Neustadt. Die Berichte der einzelnen Orte wegfällen zu lassen und an deren Stelle fachwissenschaftliche Aufsätze zu bringen.

Eßlingen (beide Verwaltungsstellen). 1. Die Generalversammlung solle beschließen, die Herstellung der „Metallarbeiter Zeitung“ dorthin zu verlegen, wo sich der jeweilige Sitz des Verbandes befindet.

2. Mittel und Wege zu finden, die „Metallarbeiter Zeitung“ billiger zu stellen zu können.

3. Zahlstellen des Kreises Solingen. Die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ den Mitgliedern a. f. ihre Kopien halten zu lassen den Verwaltungsstellen jedoch bis 5 Exemplare gratis zuzustellen.

Internat. Metallarbeiter-Kongress. Straßburg i. Elsaß. Von der Beschickung des internationalen Metallarbeiter-Kongresses Abstand zu nehmen.

Zum Wanderunterstützungsgesetz. Reglement.

Essen. In Rücksicht auf die schwere Belastung der Hauptkassen durch die Reiseunterstützung beantragen die Essener Mitglieder, daß nicht über 250 Kilometer ausbezahlt wird, ferner, daß die Reiseunterstützung nur für hilfbedürftige Kollegen sein soll, die sich auf Wanderfahrt befinden. Dieses trifft jedoch nicht bei Kollegen zu, welche größere Strecken oder Touren per Bahn zurücklegen.

München. 1. Sämtliche Reiseunterstützungen (auch lokale) sind im Verbandsbuch zu vermerken und mit dem Ortsstempel zu überdrucken.

2. Kein Mitglied erhält eine Reiseunterstützung aus der Verbandskasse, bevor es nicht volle 26 Wochen dem Verbandsangehörte. Für diejenigen Reisenden, die noch keine 26 Wochen dem Verbandsangehörten, aber lokale Unterstützung beziehen, ist bei eintretender Bezugsberechtigung die bis dahin erhaltene Summe mitzurechnen, somit die Legitimation Nr. 2 auszustellen.

3. Hat ein solches Mitglied bereits 12 M aus den Lokalkassen erhalten, bevor es 26 Wochen dem Verband angehört, tritt eine Karenzzeit von 13 Wochen ein, unbeachtet der erfolgten Unterstützungsberechtigung. Ausnahmen in der Unterstützung finden noch statt nach den in § 5 al 2 vorgezeichneten Bestimmungen.

4. Wie Nr. 3 im Urtext u. f. w.

Organisationsform betr. Mitglied Sidor Schereschewski und Gen. in Garmen. In Erwägung, daß die heute bestehenden Organisationsformen nicht zu dem geführt haben, was man von ihnen erhoffte, und in weiterer Erwägung, daß die Verwaltungskosten der Gewerkschaften ungeheuer sind, da jede Gewerkschaft eigene bezahlte Verwaltungsbeamte (Vorstand, Kassier u. f. w.) hat, beantragen unterzeichnete organisierte Metallarbeiter Deutschlands, sich für einen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverband“, welcher von einer Zentralfstelle geleitet wird, auszusprechen, und ferner, daß die Delegirten der organisierten Metallarbeiter Deutschlands auf dem nächsten Gewerkschaftskongress mit aller Kraft für angeführte Verbandsform eintreten sollen.

Eßlingen (beide Verwaltungsstellen). 1. In Anbetracht, daß auf dem Halberstädter Kongress die Lokalorganisation nicht anerkannt worden ist, ist das Kartellverhältnis, welches zwischen dem D. M. V. und der Berliner Lokalorganisation besteht, zu lösen.

2. Da bei dem schlechten Stand der Kasse Sparsamkeit nötig ist, so beantragen wir, daß besoldete Beamte, sobald dieselben in ihrer Eigenschaft als solche oder als Delegirte zu Generalversammlungen u. dgl. entsendet werden, nur so viel Zulage an Diäten erhalten, als ihr Gehalt hinter dem festgesetzten Diätenbetrage der übrigen Delegirten zurückbleibt.

Konstanz. Anfrage. Ob es nicht möglich wäre, die Einzelmitglieder in der Schweiz in die Verwaltungsstelle Konstanz aufzunehmen, indem dadurch die Mitglieder sowohl als auch die Hauptkasse materiell weniger in Anspruch genommen würden.

Einzelmitglieder in P. Schappel i. S. 1. An jede Verwaltung gedruckte Geldsendungskarten, Postkarten und Briefumschläge gratis zu verabfolgen, erstere mit der Aufschrift des Kassiers, die anderen mit der Aufschrift: „An den Deutschen Metallarbeiter-Verband in ...“

2. Auf den Abrechnungsformularen über „Kassenbestand“ zu setzen, wie viel Marken 15, 10, 5, 25 u. f. w. innerhalb der 2 Monate an die Verwaltung gesandt sind.

3. Unter die Zeile „An die Hauptkasse gesandt“ zu setzen: Von der Ortsverwaltung ausgegeben von dem 88 2/3 Prozent der Beiträge für die zehnjährige Verwaltung ...

4. An die Veröffentlichung von Birna anknüpfend, die Extrasteuer für folgende Monate festzusetzen: Februar, Mai, August November je 10 M, gibt bei einer Mitgliederzahl von 40,000 die Summe von 16,000 M pro Jahr, in 2 Jahren 32,000 M. Da die Extrasteuer von 30 M gleich 12,000 M, ca. 44,000 M.

5. Bei Geldsendungen den Verwaltungsstellen den Empfang wie folgt zu bestätigen:

Unter Heutigem wurde an den Hauptkassier ... M ... M gesandt, welches ich hiermit den Kassieren bekannt gebe. (Stempel.) (Datum.) (Unterschrift.) Die Karte muß gedruckt werden, daß sie mit einer 3 M ... M abgesandt werden kann.

Korrespondenzen.

Formen.

Nürnberg. Im Saale des Gasthauses zum „Wilden Mann“ hielt am 15. Februar die Sektion der Formen eine öffentliche Formenversammlung mit folgender Tagesordnung: Berichterstattung der entsandten Kommission betreffs der Scharrer und Großscharen Angelegenheit. Vorsitzender: Eppelein. Ertheilte dem Mitglied obiger Kommission, Kollegen Sebald das Wort. Derselbe gab in seiner Ausführung bekannt, daß genannte Firma angebe, deshalb genötigt zu sein, den Auftrag einzuführen, weil die gegenwärtige Leistung ihrer Formen eine zu geringe wäre. Die Ursache liege nicht hierin, denn von der Leistung sei er überzeugt, da die Mehrheit aus älteren, tüchtigen Formern bestehe, die schon mehrere Jahre mit voller Zufriedenheit dort beschäftigt werden. Es sei den Leitern des Geschäftes bemerkt worden, daß die Kommission auf ihr Vorhaben nicht eingehen könne, sondern dieselbe eruchen müsse, davon abzusehen, da doch mehrere Gießereien, welche in Tagelohn arbeiten lassen, ganz gut auskommen. Nach 1 1/2 stündiger Unterhandlung wurde von der Firma nachgegeben mit dem Bemerkten, daß auch die betreffende Kommission bei etwaigen ungerechten Vorkommnissen seitens der Arbeiter gleichfalls für die Firma eintreten möge, welches auch zugegeben wurde. Das Resultat im Allgemeinen ist, daß sämtliche ausgesperrten Formen bis auf einen wieder in ihre alten Verhältnisse zur Arbeit zurückhren können. Zum Schluß forderte der Referent die anwesenden Kollegen der genannten Firma, welche sämtlich anwesend waren, auf, stets ihre Erkenntlichkeit dadurch zu erweisen, daß jeder Einzelne seine Pflicht und Schuldigkeit ganz thue. Nachdem Kollege Weismann der Kommission für ihre Thätigkeit, sowie ihre günstigen Erfolge den Dank erstattete, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Altonaer.

Altona. Am 20. Februar hielt die Sektion der Altonaer u. v. B. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung wurde zum ersten Punkt, „Regelung der Arbeitszeit im Winter“, übergegangen. Hierzu waren drei Kollegen aus Hamburg erschienen, um, da derselbe Punkt auch in Hamburg zur Beratung gestanden, mit den Altonaer Kollegen ein gemeinsames Handeln zu erwirken. Nachdem von Seiten der Hamburger Kollegen die Gründe klar gelegt, welche die Veranlassung gegeben, eine Regelung der Arbeitszeit im Winter

angustreben, wurde ein Antrag auf Ein-  
führung einer dreigliedrigen Kommission,  
welche mit den hiesigen Kollegen das  
Wahlrecht zu verhandeln hat, angenommen.  
Gewählt wurden die Kollegen Meier,  
Dunstorf und Schulz. Zum zweiten Punkt,  
„Delegirtenwahl“, hatten sich 33 Kollegen in  
die ausliegende Wählerliste eingetragen.  
Von 38 abgegebenen Stimmen fielen auf  
Waggager 31 Stimmen, auf Großmann 1  
und auf Schönfeld ebenfalls 1 Stimme.  
Beim dritten Punkt, „Zentralarbeitsnach-  
weis“, berichtete der Vorsitzende von der kombi-  
nierten Vorstandssitzung aus Hamburg. In  
der sich hier anschließenden Debatte sprachen  
sich sämtliche Redner gegen einen Anschluß  
aus und wurde, da dieser Punkt zur Be-  
schlußfassung in der nächsten kombinierten  
Versammlung zur Verhandlung kommt, zu  
„Verschiedenes“ übergegangen. Hierzu er-  
suchte zunächst der Vorsitzende die Versamm-  
lung, sich darüber auszusprechen, ob auch  
von unserer Seite die gemäßigtesten Berg-  
arbeiter unterstützt werden sollen. Nachdem  
von Seiten mehrerer Redner die Notwendig-  
keit der Unterstützung anerkannt, wurde be-  
schlossen, denselben 25 M zu bewilligen und  
den Beitrag durch Sammelkästen aufzubringen.  
Hierauf traten noch verschiedene Kollegen  
das Vorgehen des Hauptverbandes in Be-  
treff der Reduzierung der „M. A. Z.“ Es  
wurde beschlossen, den Delegirten zu beauf-  
tragen, diese Angelegenheit auf der General-  
versammlung zur Sprache zu bringen.

**München.** Resolution, einstimmig  
angenommen in der Versammlung der Spängler  
am 21. Januar. Die heutige, im  
„Gambrius“ tagende außerordentliche Mit-  
gliederversammlung der Sektion der Spängler  
erklärt sich im Prinzip gegen jede Erhöhung  
der Verbandsbeiträge; erklärt ferner, daß die  
Delegirtensteuer von 50 M pro Mitglied, ob in  
Arbeit oder nicht, aufgehoben zu hoch sei.  
Die Versammlung ist ferner der Meinung,  
daß die Ortsverwaltungen in größeren  
Städten zur Vertretung der Sozialbedürfnisse  
mit 25 Prozent der Gesamtbeiträge aus-  
kommen könnten. Ferner sei es zweckmäßig,  
daß das Obligatorium der „Metallarbeiter-  
Zeitung“ in Städten, wo eine Arbeiterpresse  
existiert, aufgehoben wird. Dann in Bezug  
auf den vom Vorstand eingestellten Hilfs-  
arbeiter konstatirt die Versammlung, daß der  
Verbandsvorstand besser thäte, die Arbeiter  
zu machen, zu denen er bestimmt wurde, als  
Agitationsreisen zu unternehmen.

**Metallarbeiter.**

**Altenburg.** Thüringer Metall-  
arbeiterkonferenz, abgehalten zu Apolda  
am 12. Febr. 1893. Die Konferenz wurde  
Mittags 1 Uhr vom Bevollmächtigten Meier-  
Apolda mit einer Ansprache eröffnet. An-  
wesend waren 12 Delegirte und zwar aus  
Apolda 2, Gera 2, Gotha 1, Erfurt 1, Neu-  
burg 1, Mühlhausen 1, Weimar 1, Neu-  
stadt a. Orla 1, Sena 1 und der Vertrauens-  
mann Gebauer-Altenburg. In das Bureau  
wurden gewählt die Kollegen Meier-Apolda  
und Ringel-Gera als Vorsitzende, und  
Sieberam-Weimar und Berner-Gotha als  
Schriftführer. Zu Punkt 1, Bericht des  
Vertrauensmannes, erhielt Gebauer das  
Wort zu seinem Kasfenbericht. Einnahme  
vom 2. November 1891 bis 9. Oktober 1892  
M 192,35, Ausgabe vom 2. November 1891  
bis 9. Oktober 1892 M 213,95, Kasfenbe-  
stand laut letzter Abrechnung M 21,60,  
mithin Defizit M 15,14. Einnahme vom  
10. Oktober 1892 bis 11. Februar 1893 76 M,  
Ausgabe vom 10. Oktober 1892 bis 11. Febr.  
1893 M 61,50, Ueberschuß M 14,50, wovon  
die Kosten für die Anwesenheit Gebauers auf  
der Konferenz noch zu beden sind. Da  
Alles in bester Ordnung war, wurde dem  
Vertrauensmann Deklaration erteilt. Zum  
zweiten Punkt, Bericht der Delegirten, er-  
hielten sämtliche Delegirte einen  
Situationsbericht über ihre Verwaltungs-  
stellen. Hieraus ergab sich, daß die Mit-  
glieder des D. M. A. in Thüringen seit der  
letzten Konferenz fast noch einmal so viel  
geworden sind. Bei der vorigen Konferenz  
hatten wir etwas über 800 Mitglieder und  
jetzt ergab sich eine Mitgliederzahl von über  
1500. Bei Punkt 3, Regelung der Agitation,  
wurde einstimmig das Vertrauensmann-  
System beibehalten, weil es sich bis jetzt sehr  
gut bewährt hat. Auch folgende zwei An-  
träge wurden einstimmig angenommen:  
1. Von den 33/4 Prozent für örtliche Aus-  
gaben 1 Prozent für die Thüringer Metall-  
arbeiter-Agitation zu verwenden und das  
Geld nach jeder zweimonatlichen Abrechnung  
sogleich an unseren Vertrauensmann abzu-  
schicken. 2. Nach der ersten ordentlichen  
Generalversammlung Flugblätter drucken zu  
lassen und an alle Thüringer Verwaltungs-  
stellen zur Agitation verbreiten zu lassen.  
Bedeuert wurde von der Konferenz, daß an  
verschiedenen Orten von Seiten der Partei-  
genossen der Gewerkschaftsbewegung zu wenig  
Beachtung geschenkt wird, oder sogar, wie  
von Gebauer konstatirt wurde, Störung in  
der Organisation versucht wurde, wie es  
z. B. in Betz geschehen sei. — Als Ver-  
trauensmann (Punkt 4) wurde Kollege

H. Gebauer einstimmig wiedergewählt, als  
Stellvertreter Kollege Grünbaum aus  
Koburg, als Redner die Kollegen Becker  
und Grimm aus Gera gewählt. Der 6. Punkt  
war Stellungnahme resp. Anträge zur General-  
versammlung. Die Thüringer Metallar-  
beiter-Konferenz beschloß folgende Anträge  
und beauftragte ihre Delegirten zur General-  
versammlung dieselben zu unterbreiten und  
für deren Annahme einzutreten: 1. Die  
Mitgliederzahl für einen Wahlbezirk nicht  
von 300 auf 500 zu steigern, sondern von  
300 auf 200 herabzusetzen, damit auch die  
kleineren Verwaltungsstellen besser zur Ver-  
tretung gelangen. 2. Die Delegirtensteuer  
nicht auf ein oder zwei Mal à 50 M, sondern  
allmonatlich durch eine Marke à 5 M zu  
erheben. Das würde jährlich 60 M ein-  
bringen und wäre viel leichter einzutreiben,  
auch könnte dann die Zahl von 300 auf 200  
herabgesetzt werden. 3. Die General-Versam-  
mlung möge beschließen, daß diejenigen  
Arbeiter, welche aus einem anderen Berufe  
in die Metallindustrie übertreten und der Or-  
ganisation ihres früheren Berufes als voll-  
berechtigte Mitglieder angehört haben, kosten-  
los mit vollen Rechten und Pflichten in den  
Verband eintreten können. 4. Das Kartell-  
verhältnis mit dem Metallarbeiter-Verband  
zu lösen. — Unter Verschiedenem wurden  
sehr viele Klagen laut über die Zurücksetzung  
von Auforderungen und Nichtbeachtung  
von Briefkastenanzeigen usw. Ferner wurde  
beschlossen, wo es möglich ist, auch die aus-  
gezeichneten Mitglieder mit einer Schlafmarke  
zu unterstützen. Mit einem dreifachen Hoch  
auf den D. M. A. und die international.  
revolutionäre Sozialdemokratie schloß der  
Vorsitzende die Konferenz. Schluß 6 1/2 Uhr.

**Nachn.** Am 19. Februar hielt die  
hiesige Verwaltungsstelle ihre Mitglieder-  
versammlung ab. Zu Punkt 1 ersuchte der Be-  
vollmächtigte die Mitglieder, Gelegenheit zu  
nehmen, ihre Beiträge und Delegirtensteuer  
zu entrichten. Nachdem dieses geschehen,  
beauftragte Redner, da das Schriftführeramt  
sehr zeitraubend sei, in jeder Versammlung  
einen andern zu wählen. Dieses wurde an-  
genommen und für die gegenwärtige Ver-  
sammlung Kollege Stern damit beauftragt. Zu  
Punkt 2, Wahl eines Delegirten, erklärte der  
Bevollmächtigte, daß drei Delegirte vorgeschlagen,  
sei es zweckmäßig, unsere Stimmen auf einen  
zu vereinigen, indem es so sicherer sei, einen  
von uns durchzubringen, was von großer  
Wichtigkeit für unsere junge Verwaltung sei.  
Hierauf beantragte Kollege Dahmen,  
für einen Düsseldorf Delegirten zu stimmen,  
da unsere geschulten Mitglieder durch ihre  
Stellung nicht abkommen könnten. Nachdem  
Kollege Salm sich in gleichem Sinne aus-  
gesprochen, traten die Genossen Palm und  
Ortmanns diesen Ausführungen entgegen  
und baten, für einen hiesigen Delegirten zu  
stimmen. Das Resultat der Wahl ergab  
für die hiesigen Kandidaten: Bergöls 36,  
Geller 1, für die Düsseldorf Kandidaten:  
Helger 1, Frau Gorthusen 3 Stimmen.  
Bei „Anträge zur Generalversammlung“ be-  
merkte der Kassier, die Delegirtensteuer sei  
zu hoch bei den gegenwärtigen Verhältnissen,  
die Folge davon sei, daß wir Mitglieder  
verlieren. Fischer und Franzen protestirten  
dagegen, daß die Arbeitslosen Delegirten-  
steuer zahlen sollen. Dahmen war der An-  
sicht, man solle dahin wirken, nur auf so  
viele Mitglieder einen Delegirten zu wählen,  
daß die Steuer nicht über 25 M steige. Der  
Bevollmächtigte empfahl den Mitgliedern,  
ihre Anträge für die nächste Versammlung  
zu formuliren und zur Abstimmung vorzu-  
legen. Dann hielt der Vorsitzende einen sehr  
lehrreichen Vortrag über: „Humanität in der  
Vergangenheit und Gegenwart“, wofür er  
den Dank der Versammlung erntete.

**Darmen.** Die hiesige Verwaltungsstelle  
des D. M. A. hielt am 28. Februar ihre  
regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach  
einem Vortrage des Kollegen Dummerborn  
wurden die Anträge zur Generalversam-  
lung in Nr. 7 d. Bl. der Reihe nach dis-  
kutirt und nahm die Versammlung folgende  
Stellung zu denselben. Der Antrag Augs-  
burg, daß jedes Mitglied, welches 13 Wochen  
krank ist, nach Ablauf der 13. Woche eine  
wissenschaftliche Unterfertigung erhält und dies  
bis zur Gesamtsumme von 50 M, wurde  
abgelehnt. Der Antrag Frankfurt a. M.,  
daß künftig auf 500 Mitglieder 1 Delegirter  
zu wählen ist, wurde abgelehnt. Der An-  
trag von Bremerhaven wurde ganz ange-  
nommen. Vom Antrag Cannstatt wurde  
der Absatz 5 und 6 angenommen. Von den  
allgemeinen Anträgen wurden die Anträge  
von Frankfurt a. M., Cannstatt und Bremer-  
haven abgelehnt. Der Antrag Rendsburg  
wurde angenommen.

**Coburg.** Zu den vielen Anträgen von  
Seite anderer Verwaltungsstellen erlauben  
wir uns auch einige Anträge zur ersten  
Generalversammlung zu stellen. Wir sind  
der Ansicht, daß die Mitgliederzahl von 300  
zu einem Delegirten eher zu hoch als zu  
niedrig ist. Es wählen, wie aus dem  
20. Wahlkreis ersichtlich ist, schon jetzt 15  
Verwaltungsstellen einen Delegirten. Wenn  
erst 1000 Mitglieder einen solchen wählen

sollen wie es von Cannstatt beantragt ist,  
so hätten wir dann 45-50 Wähler in einem  
Wahlkreis. Daß da die Ortskenntnis ver-  
loren geht, liegt auf der Hand, das hat auch  
die Thüringer Konferenz zugegeben. Wir  
stellen folgende Anträge: 1. Auf 200 Mit-  
glieder kommt ein Delegirter. Die Kosten  
sind ein halbes Jahr zuvor durch Extra-  
Marken à 10 M aufzubringen. 2. Die  
„Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ soll Eigen-  
thum des Verbandes und durch einen ge-  
eigneten Redakteur geleitet werden, wodurch  
der Verband sehr viel Geld ersparen würde.  
3. Der Vertrag zwischen den Berliner Metall-  
arbeitern und dem Verband soll gelöst werden.

**Durlach.** Am 2. März fand die Monats-  
versammlung der hiesigen Filiale statt, welche  
in Folge des angekündigten Vortrages ziem-  
lich gut besucht war. Der Vortrag selbst:  
„Die Chartisten-Bewegung in England“, war  
sehr interessant. Genosse Bormann schilberte  
in eingehender Weise, wie sich die Partei der  
Chartisten aus der Radical-Reform-Partei  
entwickelte und in Folge der großen An-  
hängerschaft unter der arbeitenden Bevölke-  
rung zu einer der großartigsten Bewegungen  
Englands wurde, die auf dem Wege der Ge-  
schgebung die Lage des englischen Prole-  
tariats verbessern wollte, wie sie aber theils  
in Folge des geschäftlichen Aufschwungs,  
theils in Folge der Unterdrückungen, denen  
sie von Seiten der Regierung ausgesetzt war,  
an Boden verlor und schließlich ganz ver-  
schwand, um der Gewerkschaftsbewegung das  
Feld zu überlassen, die heute noch in Eng-  
land geradezu unübertroffen besteht. Die  
allgemeine Aufmerksamkeit, welche die Kol-  
legen dem Vortrag schenken, belohnte den  
Redner reichlich für seine Mühe und wird  
ihm auch fernerhin ein Sporn sein. Wir  
aber können es als einen Fortschritt be-  
trachten, denn es war das erste Mal, daß  
in der hiesigen Filiale (speziell im Verband)  
etwas derartiges geboten wurde. Hoffentlich  
hat es auch etwas genützt.

**Dresden-Altkadt.** Am 18. Februar  
tagte im Erlanon eine öffentliche Metall-  
arbeiter-Versammlung, in welcher ein Kol-  
lege in gebieterischer Weise über „Die gewer-  
kschaftlichen und politischen Verhältnisse der  
nordamerikanischen Arbeiter“ referirte. Als  
Delegirte zur Generalversammlung des Ver-  
bandes wurden von den 5 vorgeschlagenen  
Kollegen folgende gewählt: Haase, Haack  
(Dresden-Altkadt), Reichardt (Dresden-Neu-  
stadt) und Wäcker (Potschappel). Ein An-  
trag, Arbeitslosenunterstützung einzuführen,  
wurde der unglückigen Zeitverhältnisse halber  
abgelehnt. Der Ueberschuß von 141 M vom  
Familienabend im November v. J. wurde  
den Bergarbeitern überwiesen.

**Fürth.** Die Wahl zur Generalversam-  
lung ergab folgendes Resultat: Abgegebene  
Stimmzettel 160. Es entfielen auf Reichen-  
leiters-Fürth 124, Klampfer-Birndorf 110,  
Blischoff-Ansbach 71 Stimmen. Somit sind  
die Kollegen Reichenleiter und Klampfer ge-  
wählt.

**Breiz.** Eine schön besuchte Metallar-  
beiter-Versammlung fand am 18. Februar  
im „Goldenen Anker“ hieselbst statt. Herr  
R. Eckstein aus Zwickau war herüberge-  
kommen und hielt uns einen instruktiven  
Vortrag über: „Die Entwicklung der Eisen-  
Industrie.“ An der Hand von statistischem  
Material führte Herr Eckstein die geschicht-  
liche Entwicklung vor. Von der alten Zeit  
beginnend, wo es nur primitive Handwerks-  
zeuge gab, bis zur jetzigen komplizirten Ma-  
schine und Anwendung der Elektricität, bot  
der Vortrag ges. Referenten eine Fülle an  
Thatsachen, die er geschickt zu weiteren  
Schlüssen in Bezug auf die gegenwärtigen  
und zukünftigen Arbeitsformen verwerthete.  
Das heutige Ausbeutungsverhältnis stellte  
er in all seiner Nacktheit den Zuhörern vor  
und wies darauf hin, daß einzig ein Schutz  
gegen die übergroße Ausbeutung der Ar-  
beitskraft in der Organisation der Arbeiter  
gegeben sei. Redner behandelte die Ueber-  
produktion und deren Reizseite, die Arbeits-  
losigkeit, in ausführlichster Weise und ver-  
wirkte darauf, daß nur eine Aenderung des  
Systems der heutigen Produktion eine  
durchgreifende Verbesserung für die ar-  
beitenden Klassen mit sich führen werde,  
welche den Genuß des Ertrags der Arbeits-  
kraft garantire. Die Gewerkschaften aber  
seien dazu berufen, die Arbeiter zu sam-  
meln, aufzuklären und auf die politische  
Herrschaft vorzubereiten, damit sie gegebenen  
Falls im Stande seien, Produktion und Ver-  
theilungsweise aus eigener Wissenschaft in  
die Hand zu nehmen. Darum sei der zahl-  
reiche Beitritt zu den gewerkschaftlichen Or-  
ganisationen eine unerlässliche Bedingung.  
Den trefflichen Vortrag begleitete allgemeiner  
Beifall. — In der Debatte sprachen sich im  
Sinne des Referenten aus die Genossen  
Jahn u. A. — In dieser Versammlung mel-  
dete sich eine größere Anzahl Arbeiter als  
Mitglieder zum Metallarbeiterverbande an.  
Nächst recht halb wieder eine derartige Ver-  
sammlung einberufen werden.

**Berzfeld.** Am 25. Februar hielten wir  
hier unsere erste Metallarbeiter-Versammlung  
behuft Gründung einer Verwaltungsstelle

am hiesigen Orte ab, welche auf das Beste  
besief. Aufgenommen wurden 12 Mit-  
glieder, woraus ersichtlich, daß sich hier eine  
stärkliche Verwaltungsstelle entwickeln wird.  
Emanuel Seb wurde als Bevollmächtigter  
gewählt. Darum Kollegen, die Ihr noch  
nicht dem Verbande angehört, besucht  
wenigstens einmal unsere Versammlung,  
damit Ihr erkennt, um was es sich handelt  
und für was eine Organisation gut ist.

**Zinsburg.** Am 21. Februar fand im  
Lokale des Gastwirths F. Meyer eine öffent-  
liche Gewerkschaftsversammlung statt. Als  
Referent war Genosse Th. Schwarz-Mübe  
bestellt, doch da derselbe am Erscheinen ver-  
hindert war, hatte Genosse Theiß Hamburg  
das Referat übernommen. Zu dieser Ver-  
sammlung waren die hiesigen Formier ins-  
besondere eingeladen. Nachdem der Referent  
nach seinem Vortrage auf die Zweckmäßig-  
keit der Organisation hingewiesen hatte,  
forderte derselbe die Formier energisch auf,  
sich zu organisiren. Wenn sie nicht Sektens  
des Kapitalismus ganz zu Sklaven herab-  
gebrückt sein wollten, so sei es ihre Pflicht,  
sich Mann an Mann in die Reihen des  
kämpfenden Proletariats zu stellen. Es  
wurden sodann 3 Mann aus der Mitte der  
Formier gewählt, welche sich darüber einigen  
sollten, welcher Organisation sie sich an-  
schließen wollten. In einer Besprechung er-  
klärte sich die Mehrzahl der Formier für  
den deutschen Metallarbeiter-Verband. In  
einer am 25. Februar stattgefundenen Mit-  
glieder-Versammlung ließen sich 18 Mann  
aufnehmen. Wir geben uns der Hoffnung  
hin, daß sich diese Zahl bald verdoppeln  
wird. Der Anfang ist gemacht, darum auf  
Ihr Arbeiter der Eisenwerke, lernt erkennen,  
daß Ihr nur durch Einigkeit im Stande  
seid, Euch bessere Lohn- und Arbeitsbe-  
dingungen zu erringen, denn Einigkeit macht  
stark.

**Leipzig (West).** Am 19. Februar fand  
halb 11 Uhr Früh eine öffentliche Metallar-  
beiter-Versammlung im Gasthof „Plagwitz“  
statt. Die Abrechnung des Vertrauensmannes  
ergab: Einnahmen: Kasfenbestand laut letzter  
Abrechnung M 198,70, Beitrittsgebühren von 13  
Mitgliedern 8,90, 1177 Beiträge 176,55,  
Summa 379,15. Ausgabe: An die Haupt-  
kasse 300, 33/4 Proz. örtliche Ausgaben 58,85,  
jetziger Kasfenbestand 20,80, Summa 379,15.  
Zum zweiten Punkte referirte Kollege Schie-  
mann in einem 15minütigen mit großem Bei-  
fall aufgenommenen Vortrag über den sozial-  
demokratischen Zukunftsstaat. Folgende Re-  
solutions ging ein: „Die heute im Gasthof zu  
Leipzig-Plagwitz tagende öffentliche Metallar-  
beiter-Versammlung erklärt sich mit den Aus-  
führungen des Kollegen Schiemann vollständig  
einverstanden, desgleichen gibt sie Hiertur der  
Ueberzeugung Ausdruck, daß an der Handlungs-  
weise der sozialdemokratischen Fraktion im  
Reichstagesrathe auszugehen sei und verpflichten  
sich die Anwesenden, mit allen ihnen zu Gebote  
stehenden Mitteln für die Verbreitung der  
sozialdemokratischen Ideen einzutreten, um  
auch in politischer Hinsicht der gewerkschaft-  
lichen Bewegung nicht nachzustehen.“ Beim  
2. Punkte, „Delegirtenwahl“, erhielten Stim-  
men: Schiemann 85, Gersmann 66, Reichelt  
11, Eberhardt 6, Walbel 8, Becker 5, Sahn  
4, Berger 1 und Jäger 1. Als Redneren  
wurden für die nächste Abrechnung die Kol-  
legen Tschunke, Scheib und Alter gewählt.  
Nachdem der Vorsitzende noch aufforderte,  
recht thätig für den Verband zu agitiren,  
schloß er die gegen früher etwas besser be-  
suchte Versammlung.

**Mittweida.** Am 19. Februar fand im  
Restaurant „Bergschlößchen“ dahier eine sehr  
gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Ver-  
sammlung statt, in welcher Genosse Emil  
Niemann-Chemnitz über das Thema: „Die  
Entwicklung der Eisenindustrie und Zweck  
und Nutzen des deutschen Metallarbeiter-  
Verbandes“ referirte. Nach dem mit Beifall  
aufgenommenen Vortrag wurde Kollege  
Löwe einstimmig zum Vertrauensmann ge-  
wählt. Bei demselben haben sich sodann 23  
Kollegen als Einzelmitglieder des deutschen  
Metallarbeiter-Verbandes aufnehmen lassen,  
so daß jetzt hier 30 Mitglieder vorhanden  
sind. Mit einem Hoch auf den deutschen  
Metallarbeiter-Verband wurde die Versamm-  
lung geschlossen. — Den zureisenden Kol-  
legen zur Nachricht, daß sich die Wohnung  
des Vertrauensmannes G. Löwe Technikum-  
straße 204d, befindet.

**Wieschen.** Am 19. Februar tagte im  
Thurmhaus eine außerordentliche General-  
versammlung des Metallarbeitervereins für  
Weichen und Umgebung. Auf der Tagesord-  
nung stand: 1. Rechnungsablage. 2. Be-  
schlußfassung über Auflösung des Vereins.  
Zum ersten Punkt berichtete der Kassier  
über die Kasfenverhältnisse. Seit Monat  
Juli waren eingegangen M 26,70, ausge-  
geben M 17,63, bleibt Kasfenbestand M 8,87.  
Von den Redneren wurde diese Abrechnung  
für richtig erklärt. Zum zweiten Punkt  
sprachen sich verschiedene Redner über den  
Zweck des Vereins und warum er aufgelöst  
werden soll, aus. Diese Ausführungen  
gipfelten etwa in Folgendem: Der Verein  
hätte am Anfang, wie jetzt noch, den Zweck,

ble zeitigen und materiellen Verhältnisse der Weigner Metallarbeiter zu haben. Es schien auch in der ersten Zeit seines Bestandes, als hätten die Kollegen ihre Lage vollständig begriffen und fänden in dieser Organisation den richtigen Anhalt, denn die Beihiligung war eine ziemlich gute; aber bald zeigte sich, daß durch die kleine Vorkommnisse der Eifer bei Vielen verschwanden war, die Organisation in Folge dessen zurückging und trotz allen Mühen seitens einzelner Kollegen konnte der Verein nicht zu dem gebracht werden, was er vorzuziehen sollte. Da sich nun auch in Weissen die zielbewußtesten Kollegen als Einzelkämpfer dem D. M. V. angeschlossen haben und dieser ja auch die selben Zwecke und Ziele wie unser Fachverein verfolgt und wohl noch eher etwas erreichen kann wie eine kleine Lokalorganisation, außerdem aber das hier gegründete Gewerkschaftsstatut die örtlichen Interessen ebensogut regeln kann; in weiterer Erwägung, daß durch die vielen Vereine nur die agitatorischen Kräfte zerstreut, eine einheitliche, energische Agitation unmöglich geworden, so wäre es, zumal wir in einer Geschäftskrise, wie wir sie noch nicht gehabt haben, leben, wohl am Besten, den Metallarbeiter-Verein aufzulösen. Sollten wir in Anbetracht der angeführten Verhältnisse zwei, resp. drei Organisationen am Orte hoch halten, welche dasselbe Ziel verfolgen, so würden wir wohl unserer guten Sache wenig nützen. Bei der darauffolgenden Abstimmung stimmten alle anwesenden Mitglieder für Auflösung des Vereins. Hierauf wurden die Kollegen Maas, Bange und Höfer in die Liquidationskommission gewählt, welche das vorhandene Material zu sichten und dem D. M. V. zu überweisen haben. Diese Kommission hat in der nächsten öffentlichen Metallarbeiterversammlung Bericht zu erstatten. Nach einer Ermahnung, daß jeder Kollege von jetzt ab die ganze agitatorische Kraft für die Erstarkung des D. M. V. verwenden solle, wurde die Versammlung geschlossen.

**Stuttgart.** Vertrauensmann der hiesigen Metallarbeiter ist M. Klein, Kaiserstr. 38.

**Burg.** Wir sehen uns leider genötigt, die Spalten der „Metallarbeiter-Zeitung“ in Anspruch zu nehmen, um einmal die Fähigkeit unserer Mitglieder zur Sprache zu bringen. Es ist schon traurig genug, daß von den ca. 500 Metallarbeitern Burgens nur etwa 120 dem Verband angehören, doch läßt selbst diese den Verhältnissen nach sehr geringe Zahl noch sehr vielen an Eifer und Thätigkeit für unsere gemeinsame Sache zu wünschen übrig. In welchem Zustande der Gleichgültigkeit sich die Mitglieder befinden, zeigt am Deutlichsten die am 18. Februar stattgefundene öffentliche Versammlung, in welcher zu erscheinen von den 120 Mitgliedern es gerade 22 (!) der Mühe werth gehalten hatten. Es ist doch eine wahre Schande, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, daß bei einer so wichtigen Sache, wie es gerade die Delegirtenwahl ist, die Mitglieder so wenig Interesse an den Tag legen. Es ist kaum glaublich, was für Entschuldigungsgründe man zu hören bekommt, wenn man zum Besuch der Versammlungen auffordert. Der Eine hat keine Lust oder keine Zeit, der Andere muß zum Turn- oder sonst einem Ueberein, kurz für alles Mögliche ist Interesse da, nur nicht für den Verband, der doch das Wichtigste vor allem anderen sein sollte. Kommt nun wirklich mal einer von diesen Säuglingen in die Versammlung, so hat er stets den größten Mund, macht dem Vorstände die ungeeignetsten Vorwürfe und hat dann, von diesem zurechtgewiesen, wieder einen Grund, von den Versammlungen fern zu bleiben, indem er die Minderheit in Abrede stellt und gegen Jeden, der es hören oder nicht hören will, sich äußert, daß einem dort nur über's Maul gefahren werde. Und gerade diese Reden sind es dann, die die Agitation in so ungeheurem Maße erschweren. Wie es mit dem Besuch der Versammlungen ist, so ist es auch mit dem Lesen der Zeitung. Nur der geringste Theil nimmt Kenntnis von ihrem Inhalt, die meisten ziehen das Lesen der ersten besten Schundlektüre dem der Zeitung vor, ja für diese ist die Zeitung wahrhaftig weiter nichts, als ein willkommenes Benutzenpapier. Kollegen! das muß anders werden! Erwaacht endlich aus eurer Gleichgültigkeit! Wollt Ihr diese Vorwürfe nicht auf Euch sitzen lassen, so zeigt es im besseren Besinn der Versammlungen, zeigt es, indem Ihr eifriger für unsere Sache agitirt!

**Beitg.** Am 18. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Weber wurde als Schriftführer an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Meyer gewählt. Nachdem vom Bevollmächtigten das vom Vorstand erlassene Wahlreglement nochmals verlesen, ferner die Kandidatenvorschläge des 46. Wahlzirkels der Versammlung mitgeteilt waren, wurde die Wahl der Delegirten durch Stimmzettel vorgenommen. Die 18 anwesenden Mitglieder übten ihr Wahlrecht aus. Es erhielt Hahn 15, Krautwein 1 und Sträß 2

Stimmen. Im „Verschiedenen“ wurde der Antrag gestellt, den freitenden Bergleuten eine Unterstützung zukommen zu lassen. Es wurden 5/6 aus der Lokalkasse bewilligt.

**Schlösser u. Maschinenbauer.**

**Aloha.** In der letzten Mitgliederversammlung der Sektion der Schlösser und Maschinenbauer hielt Genosse Bedunde einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Karl Marx und seine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft“, woran sich eine lebhafteste Diskussion angeschlossen. Sodann erfolgte die Delegirtenwahl zur Generalversammlung und die Wahl des Zentralwahlkomitees.

**Barmbe.** Die Sektion der Schlösser und Maschinenbauer hielt am 21. Februar im Lokale des Herrn Silberbrand eine Versammlung ab. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt, machte der Bevollmächtigte bekannt, daß der Referent noch nicht erschienen sei und empfiehlt, einen anderen Punkt vorzunehmen. Die Versammlung beschließt demgemäß und tritt in die Statutenberathung ein, um etwaige Abänderungsanträge der Generalversammlung unterbreiten zu können. Zu § 2 al. 6 wird beschlossen, die Worte „in Nothfällen“ zu streichen. Zum ersten Punkt erhält nun Weinheber das Wort zu seinem Vortrage: „Das Handwerk in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Er führt aus, daß es heute noch Leute gäbe, die da glauben, durch gesetzgeberische Maßnahmen und allerlei Zünngesprivilegien dem Handwerk wieder auf die Beine zu helfen, resp. es vor dem Untergang zu retten. Nebenher suchte in seinem anderthalbstündigen Vortrage zu beweisen, daß dies durchaus nicht der Fall sein könnte, sondern daß das Handwerk unbedingt für immer der kapitalistischen Produktionsweise untergeordnet sein würde. — Dann wurden die Wahlen zur Generalversammlung vorgenommen. Hieran wurde Ehler als Delegirter zum Kartell gewählt. Ein Antrag von Sterig, den Delegirten für die Versammlung 50 S Entschädigung zu gewähren und diese Mehrausgabe durch einen freiwilligen Monats-Extrabeitrag von 10 S auszubringen, wird nach längerer Berathung angenommen.

**Hamburg.** Die Sektion der Schlösser, Dreher und Maschinenbauer des D. M. V. hielt am 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im Harmonia-Gesellschaftshaus eine Extramitgliederversammlung. Da der Delegirte des Gewerkschaftsstatuts, Panzer, krankheit halber nicht erschienen war, so wurde der angelegte Bericht desselben bis zur folgenden Versammlung vertagt. Die Wahl der Bibliothekare wurde gleichfalls bis zur nächsten Versammlung aufgeschoben. Hieran erstattete Kollege Junge Bericht seitens der Liquidationskommission des Schlösser- und Maschinenbauer-Verbandes über Schilb, Bibliothek, Feitzchen, Schrant usw., und wurde derselben Decharge ertheilt. Der Bericht der Liquidationskommission des früheren Dreher-Fachvereins rief eine lebhafteste Debatte hervor. Der Antrag von Weinheber, der Liquidationskommission Decharge zu ertheilen und den Vorstand der Sektion zu ermächtigen, die restierenden Gelder einzutreiben, wurde angenommen. Die von Duellmalz verlesene Abrechnung des Fachvereins pro 1891 wies einen Ueberschuß von A. 13,25 auf. Die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung rief gleichfalls eine lebhafteste Debatte hervor, indem Junge wünschte, daß Kollegen, welche in ihrem Beruf nicht mehr thätig sind, als Delegirte nicht gewählt würden. Das Resultat der Wahl wird in der kombinierten Versammlung bekannt gegeben.

**Schläger.**

**Fürth.** Mitgliederversammlung vom 18. Februar. Zum 1. Punkt: „Der nächste Schlägerkongreß“ ergreift Kollege Reizmann das Wort. Derselbe bemerkt, daß auf dem nächsten Schlägerkongreß hauptsächlich die Organisationsfrage zu berathen sein wird. Er berührt ferner das Markensystem und bemerkt, daß es für jede Organisation unbedingt notwendig ist, selbst so viel Geldmittel in Händen zu haben, um im Falle einer Ausperrung, eines Streiks u. s. w. die Arbeitslosen die ersten zwei bis 3 Wochen aus eigener Kasse unterstützen zu können. Er macht dabei den Vorschlag, daß die Schläger sich sehr leicht einen Streikfond schaffen könnten, wenn sie von den wöchentlichen Beiträgen einen Pfennig zu diesem Zwecke opfern würden. Nach dem Referat Reizmann's ergreift der Bevollmächtigte Höfer das Wort und bemerkt, daß die Mittel für die Agitationskommission künftig dadurch aufzubringen seien, daß jede Sektion, Verwaltungsstelle u. s. w. hierfür einen bestimmten Betrag bewilligt. Strohheder bemerkt, daß es für die heutige Versammlung überflüssig sei, über einen Streikfonds zu berathen, dieser Punkt gehöre vor den nächsten Schlägerkongreß. — Reizmann als Vortragsredner der Agitationskommission gibt hierauf bekannt, daß die Agitationskommission bisher ein erhebliches

Defizit zu verzeichnen hat und fragt an, in welcher Weise dieses Defizit gedeckt werden soll, worauf Höfer den Vorschlag macht, Sammelreisen hinauszugeben, um von dem Ertrag derselben die abzufindenden Delegirten zum Schlägerkongreß zu entschädigen und mit dem eventuellen Ueberschuß das Defizit zu decken. Höfer macht außerdem den Vorschlag, der Agitationskommission Vollmacht zu geben, den nächsten Schlägerkongreß einzuberufen. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen. — Bei Verschiedenes wird dahin gehend Beschluß gefaßt, daß bei einem vorkommenden Todesfall eines Mitgliedes ein Kranz auf das Grab desselben niedergelegt wird und die Mitglieder sich so zahlreich als möglich an dem Beerdigungskollegium betheiligen. Nachdem Höfer die Anwesenden noch aufgefordert, bei ihren Kollegen dahin zu wirken, daß sie die Versammlungen besser besuchen möchten, als es bisher der Fall war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Feilenhauer.**

**Leiden-Hannover.** Der Ausstand der Feilenhauer und Schleifer dauert unverändert fort, Zuzug fremd fernhalten. — Alle Briefe und sonstige Sendungen sind an unseren Vertrauensmann Hugo Witteck in Leiden, Zimnerstraße 80 zu richten. Näheres folgt.

**Augsburg.** In der am 18. Februar abgehaltenen Versammlung der Sektion der Feilenhauer wurde wegen Abreise des bisherigen Vorsitzenden an dessen Stelle Robert Geiger, Lochgäßchen 203, gewählt. Umfragen ist verboten und erfolgt eventuell Entziehung des Geschefts. Kollegen, welche noch nicht 6 Monate dem Verband angehören und solche, welche schon 25 S Mitgliedsunterstützung erhalten haben, bekommen von uns eine Unterstüßung von 50 S und freies Nachtlager auf unserer Herberge (Restaurant zum guten Hirten, Jakobervorstadt). — Unsere Sektion zählt zur Zeit nur 16 Mitglieder, indem sich von den 9 Kollegen, die in der J. R. Oberleichen Fabrik arbeiten, bis jetzt nur 7 unserer mehrmaligen Aufforderung nur ein Kollege bemogen fühlte, unserer Organisation beizutreten. Ob es Furcht oder Speichelleiderei ist, was die Uebrigen abhält, wissen wir nicht. Wir werden später speziell auf diese Werkstätte zu sprechen kommen. — Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Ignaz Weininger, Klauastr. 16, nächst dem Viehmarkt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Bis zum 4. März hatten folgende Verwaltungsstellen die Abrechnung für November und Dezember noch nicht eingeleitet: Erlangen, Gevelsberg, Grandsenz, Mühlenthal, Nürnberg (Geizer), Sindlingen bei Frankfurt a. M., Suhl i. Th., Zabrze O.-Schlesien.

Da wir vor der Generalversammlung die Jahres-Abrechnung rechtzeitig fertig stellen müssen, auch noch viele Arbeiten, die von der Abrechnung abhängig sind, zu erledigen haben, müssen wir die Ortsbeamten dringend ersuchen, ihren Pflichten besser nachzukommen. (Siehe § 14 Absatz 8 des Statuts.)

Auch haben trotz mehrfacher Vorstandsbekanntmachungen folgende Verwaltungen und Vertrauensmänner über die Delegirtenmarken vom Halberstadter Gewerkschaftskongreß noch nicht mit der Hauptkasse abgerechnet:

- Bielsfeld, Brieg, Bünde i. W., Gevelsberg, Heide i. S., Heilbronn, Landsbut, Mühlenthal, Mannheim (Klempner), Nürnberg (Geizer), Remscheid.

Die oben genannten Verwaltungen und Vertrauensmänner werden hierdurch nochmals aufgefordert, umgehend entweder die nicht verkauften Delegirtenmarken oder den Betrag dafür einzusenden. Diejenigen Verwaltungen, welche den Betrag mit in den Abrechnungen aufgeführt, eventuell mit zur Auszahlung der Wanderunterstützung verbraucht haben, haben die betreuende Summe vom Kassenbestande in Abzug zu bringen und an die Hauptkasse einzusenden.

Die Delegirtenmarken für die 1. ordentliche Generalversammlung sind seit Wochen in den Händen der Ortsbeamten, es ist nun unbedingt erforderlich, daß endlich mit den Delegirtenmarken des Gewerkschaftskongresses abgerechnet wird.

Sodann ersuchen wir diejenigen Verwaltungen und Vertrauensleute, welche die auf die Zusammenfassung und Zahl der Mitglieder am 31. Dezember v. J. bezüglichen statistischen Fragebogen noch nicht beantwortet und zurückgeschickt haben, dies umgehend zu thun.

Da mit Ablauf des Februar wieder eine monatliche Abrechnungsperiode schloß, machen wir darauf aufmerksam, daß die **Delegirtensteuer zur General-Versammlung**, da sie eine statutarische Ver-

bandseinnahme darstellt, diesmal auf der Abrechnung mit zu verrechnen ist.

Da nunmehr die Zusammenstellung der Wahlergebnisse stattgefunden hat, so ersuchen wir, **uns eingehend die Namen, den Stand und die genaue Adresse der gewählten Delegirten mitzutheilen.**

Witzzeitig machen wir bekannt, daß sich das Lokalkomitee in Altenburg konstituiert hat und wollen sich die Delegirten wegen Logis und sonstiger Auskünfte an den Vorsitzenden desselben, **Genosse Paul Gebauer, Altenburg (S.-A.), Eisenstraße 5,** wenden.

Hinsichtlich der Anträge, welche auf der General-Versammlung zur Berathung zu stellen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß solche bis spätestens zum 20. März in unseren Händen sein müssen (s. § 16 Abs. 2 des Statuts).

Folgende Mitgliedsblätter werden für unglücklich erklärt und sind ev. aufzuhalten:

- Nr. 10249 des Schlossers Paul Papphan, geb. zu Swinemünde am 4. April 1861.
- Nr. 18446 des Klempners Joh. Eggerstedt, geboren zu Pinneberg am 16. Oktober 1870.
- Nr. 29596 des Drehers Aug. Max Meber, geb. zu Liebergorditz b. Dresden am 16. Dezember 1872.
- Nr. 46021 des Schmiedes Herm. Dreikate, geb. zu Schmiedeköhn am 2. September 1867.

Ferner ersuchen wir die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute, sofern der Schlosser Otto Pfiffner, geb. 9. Oktober 1876 zu Nordhausen, Buch-Nr. 35753, sich bei ihnen melden sollte, und sofort davon Mitteilung zu machen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zuzug der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: **Feilenhauer und Schleifer von Leiden bei Hannover, Metallarbeiter aller Branchen von Neuwied a. Rh., Solingen und der Adalarbeiter von Aachen.**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

**Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,**

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erbsis für Extramarken, Kongreßprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Das Mitglied Heinrich Kolschens aus Düsseldorf wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Die Ortsverwaltungen oder Mitglieder, die über seinen Aufenthalt Auskunft geben können, werden ersucht, dies baldmöglichst zu thun.

**Abrechnung von der Hauptkasse pro Februar 1893.**

- Einnahme: Kassenbestand Ende Januar A. 1012,50. Einschreibegeld und Beiträge: Cannstatt 32,60. Posen 7,20. Bodenheim 70. Hanau 20. Augsburg, Feilenhauer 13,90. Niederrad 5,40. Schwöningen 41,58. Gasse 8,10. Zell i. Rh. 6,87. Tübingen 18,10. Remscheid, Feilenhauer 24,80. Wiesbaden 50. Duisburg 13,22. Wiesbaden 50. Bergedorf 43. Graiz 31,30. Braunauweil, Schwöninger 175,40. Leipzig-West 200. Leipzig-Ost 200. Halle, Klempner 5. Finsterwalde 25. Nürnberg, Schlösser 159. Bünden 150. Meerane 4,80. Ravensburg 56,05. Glätsch 14,10. Uelzen 20. Ingolstadt 19,20. Sindlingen 4,10. Schweidnitz 25. Ikehoe 23,45. Bant b. W. 225. Chemnitz, Feilenhauer 35. Neustadt a/Oberl. 21,60. Fürstenwalde 28,10. Harburg 100. Budau 80. Heidenheim 18. Essen 200. Arnstadt i. Th. 15,50. Nürnberg, Schmiede 83,40. Schwabach 77,87. Schwabach, Jünnschläger 12,18. Augsburg, Feilenhauer 12,10. Bodenheim 106,15. München 10. Cannstatt 37,40. Dresden 155,40. Heidelberg 40,40. Simbach 20. Müggelhof 28,10. Fürth 104,45. Altenburg 112,05. Einzelmitglieder der Hauptkasse 283,20. Extramarken: Duisburg 0,10. Ikehoe 2,80. Fürstenwalde 3,90. Stettin 2,80. Einzelmitglieder der Hauptkasse 3,80. Eingefandte Gelder ohne Angabe wofür: Nürnberg, Mechaniker 121. Alle Delegirtenmarken: Nordhausen 3. Wiesbaden 2,70. Weimar 3,80. Verburg 3. Hanau 1,05. Duisburg 0,80. Sonstige Einnahmen: Remscheid, vom aufgel. Fachverein der Metallschleifer 3,87. Sindlingen von den 33 1/2 Proz. 3,40. Stettin, Ueberschuß vom Bergnügen 12,40. Desgl. von den 33 1/2 Proz. 80. Burgun, Ueberschuß vom Stiftungsfest 10. Einzelmitglieder der Haupt-

Kasse 1 Ertragbuch 0,20. Porto von selbstgen 10,88. Hauptkasse für eine Zeitung 0,10. Für Protokolle 15,20. Neue Delegiertensteuer: Gannstatt 20. Kottswangel 15,50. Göttenbach 7. Braunschw. Schlosser 20. Binnenberg 6,50. Finsterwalde 15,50. Benczlan 13,50. Linden 50. Meerane 4. Tuttlingen 17,75. Glöckstadt 7. Jugoistadt 10. Hof 12,50. Weimar 25. Jahr 14,25. Jyehoe 8,75. Oberloe 7. Coburg 14,50. Leter 12. Mägeldorf 6,75. Stegitz 18. Neufalz a/D. 12,25. Bant b. W. 100. Eyming, Feilenhauer 15. Mülheim a/Ruhr 5. Neufald a/Prdt. 25. Geislingen 4,50. Zell i. W. 9. Duisburg 15. Erfurt 38,26. Würzen 35. Wismarsen 6,50. Fürstenwalde 10. Budau 50. Freiburg i. Br. 25. Torgau 12. Heidenheim 12. Sangerhausen 30. Reife 7,50. Stettin 45. Göttingen 15. Potsdam 18,50. Arnstadt i. Th. 4,50. Nürnberg, Schmiede 50. Augsburg, Feilenhauer 5. Regensburg 12,50. Weidau 22,50. Bockenheim 20,25. Oberndorf 50. Dresden-N. 54,25. Heidelberg 13,25. Wurbach 10. Altenburg 60,50. Einzelmitgl. der Hauptkasse 35,50. Summa 5755,87.

Ausgabe: Für Zeitung M 1600. Stempel 36,80. Gehalt der Bureaubeamten und des Hilfsarbeiters 570. Bureauante nebst Bedienung 20. Entschädigung der unbesoldeten Vorstandsmittglieder 15,80. Streikunterstützung nach Nürnberg 453. Unterstützung nach § 2c 30. Agitation 72,20. Revisionen 54,80. Reiseunterstützung an Einzelmitglieder 8,13. Sachliche Ausgaben 95,89. Porto 114,08. Zuschüsse an die Zahlstellen: Reife 72. Weidau 50. Potsdam 50. Weyreuth 100. Mainz 100. Regensburg 50. Sa. 3568,74.

Einnahme M 5755,87. Ausgabe M 3568,74. Kassenbestand M 2187,13. Eingegangene Gelder für die ausgegebenen Marken der General-Kommission. Altenburg 0,80. Bodenheim 0,70. Brafe 2,50. Braunschw. Schlosser 4,40. Briege 2,10. Gannstatt 3,10. Giberfeld 11. Hanau 4,80. Magdbg. Budau 10. Mülheim a/Ruhr 0,30. Neuwünster 5. Nürnberg, Schmiede 5. Ravensburg, Former 2. Schilling-Doos 5,80. Sa. 87.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).**

- Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln.**
- 29014. W. Lindemann.
  - 25909. R. Dinger.
  - 22335. C. Delsner.
  - 28399. H. Thoma.
  - 26288. B. Gels.
  - 21863. C. Fehler.
  - 21871. C. Brunner.
  - 21266. J. Henne.
  - 22024. J. Werner.
  - 25077. J. Bachert.
  - 28272. K. Meisner.
  - 24816. W. Höpner.
  - 22186. J. Panter.
  - 22220. W. Wimmermann.
  - 21140. J. Kugelmann.
  - 24310. J. Schweiger.
  - 29422. A. Sted.
  - 27018. J. Schmidt.
  - 27009. J. Hellern.
  - 21497. Fr. Dahn.
  - 29414. A. Burghaus.
  - 29174. H. Heim.
  - 23171. G. Liebau.
  - 28585. J. Tepper.
  - 23787. M. Marowski.
  - 23763. H. Heese.
  - 28671. G. Albrecht.
  - 28674. G. Wagner.
  - 28667. G. Ulrich.
  - 27599. F. ten Haaf.
  - 28642. J. Boges.
  - 28027. G. Altschwager.
  - 28640. W. Gatter.
  - 29799. H. Köner.
  - 20912. H. Schürhof.
  - 29870. Fr. Sam.
  - 29374. G. Adams.
  - 29369. Sichelshmidt.
  - 26054. Schildmann.
  - 26053. W. Jacobi.
  - 23843. G. Krütt.
  - 23847. G. Wester.
  - 29765. H. Melcher.
  - 24903. Fr. Wette.
  - 21592. G. Womberg.

**Zentral-Franken-u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter „Pulkau“ (G. S. 39).**

**Abrechnung der Hauptkasse pro Dezember 1892 und Schluss.**  
Einnahme: Kassenbestand ult. Nobbr. M 9640,93. Von Altdorf 190. Wrona 26,88. Annen 150. Bergedorf 53. Berlin 1 100. Briege 37,25. Bruchsal 100. Bruchhausen

50. Cappel 150. Chemnitz 150. Köln 95,50. Göttingen 50. Döhren 80. Dresden-Alstadt 60. Ellerbach 200. Friedrichstadt-Wandenburg 50. Fulda 109,48. Gagganau 120. Gevelsberg 50. Gießen 50. Gagen 300. Hansen 40. Hildesheim 31,01. Hülstedt 24. Humboldt-Colonie 70. Kauf 150. Körtlingsdorf 200. Langen 50. Lechhausen 51,88. Liegnitz 60. Ludwigshafen 100. Misch 50. Mülheim a/Rh. 50. Mülheim e/Ruhr 30,93. Neureuth 190,74. Osnabrück 80. Nadeburg 10. Ravensburg 60. Reichelsheim 199,72. Reutlingen 100. Rheint 169,01. Rothenburg 55,10. Müllerscheid 80. Schladeren 12,56. Steghütte 100. Waldbüttelbrunn 70. Wettbergen 40. Wilhelmshaven 250. Beiträge von einzelnen Mitgliedern, Vergütung an Porto und sonstige Einnahmen 161,53. Von der früheren Filiale Loschwitz 5,85. Zurückgezahltes Kassennote von Dom. Wes. Köln 25. Von Braun-Beckum zurückgezahlt 50. Summa 14,289,81.

Ausgabe: Verlust durch die frühere Verwaltung in Lechhausen M 51,83. Verlust durch den Kassier H. Wittling in Rheint 119,66. Nach Alchemnitz 75. Altenhagen 75. Barop 60. Berlin IX 51,70. Bielefeld 100. Bochum 250. Braunschw. 35,27. Brück 50. Dessau 100. Deisen 50. Diemitz 50. Dresden-Neustadt 100. Frankfurt a/D. 100. Fürth 94,34. Gassen 50. Gelsenkirchen 100. Gröden a/W. 50. Groß-Buchholz 3,59. Hamm a. d. L. 100. Hanau 30. Herford 40. Hesseheim 100. Hörde 350. Königsberg 200. Mainz 25. Mannheim-Bludenzhof 100. Meiderich 100. Metz 295. Mühlhausen i. Th. 30. Neureuth 40. Nürnberg 255,61. Oberbill 120. Offenbach a/W. 50. Rabenau 60. Rindorf 100. Rothenbühl 80. Schönberg 20. Stryum 100. Sudenburg 150. Unter-Meiderich 275. Waldbüttelbrunn 50. Wehlsheden 110. Weimar 75. Wolfenbüttel 50. Kranzengeld an H. Maxell, Altdorf 74. G. Groh, Herberach, 38,30. Th. Rothmann, Hamburg 66,60. G. Hagedorn, Wuer i. Westph. 51,80. Chr. Conrad, Leipzig 41,60. G. Kehmert, Mülheim a/Rh. 12,80. J. Wagner, Bellingen 27,35. K. Wic, Spennerade 27. O. Fr. Sacher, Wermecobe 12,80. G. Meyer, Kaiserswerth 143,35. W. Rudolf, G. Brüll 22,20. Entschädigung an die Revisionskommission 57,15. Entschädigung an zwei Vorstandsmittglieder 7. Neujahrs-Gratifikation 5,50. Gehalt an die Beamten (4 Monate) 1380. Abonnement der „Metallarbeiter-Zeitung“ 4. Qu. 92. 15,000. Dittungsmarken 20. Alters- und Invalidenversicherung 3 60. Gerichtskosten in Sachen Wilkomm 2,20. Porto und sonstige Ausgaben 44,48. An die „Allgemeine“ zurückgezahlt 7692,97. Summa 14,289,81.

Einnahme M 14,289,81. Ausgabe „ 14,289,81. Bleibt Bestand M — — — — — H. Mielenz. D. D.

Die Jahresabrechnung wird der „Allgemeinen“ beigefügt werden.

**Gerichts-Zeitung.**

**Entscheidung des Reichsversicherungsamtes.** Betriebsunfall eines minderjährigen. Vor dem Senat des Reichs-Versicherungsamtes wurde am 17. Februar d. J. ein sehr interessanter Prozess entschieden. Der minderjährige Metallarbeiter Potemba hatte eines Tages das Unglück, auf dem Wege nach Hause auszugleiten und sich dabei den Fuß zu verletzen. Das scheinbar unerblickliche Leiden verschlimmerte sich derart, daß nach einiger Zeit der Fuß abgenommen werden mußte. Da der Verletzte seines Alters wegen noch nicht prozeßfähig war, hat sein Vater die Schließliche Eilen- und Stahl-Versicherungsgesellschaft, seinem Sohne die gesetzliche Rente gewähren zu wollen. Die Versicherungsgesellschaft lehnte aber jede Rente ab, da ein Betriebsunfall nicht nachgewiesen wäre. Eigen diesen Bescheid wurde fristgemäß Berufung eingelegt; die Berufungsschrift unterzeichnete aber der Sohn des Klägers, da dessen Vater nicht schreiben konnte. Letzterer starb bald darauf, ohne daß auf längere Zeit sein Sohn einen Vormund bestellt erhielt. Vor dem Schlichtergericht gab der Verletzte zu, daß er die Berufungsschrift selbst unterschrieben hatte, da seinem Vater die Kunst des Schreibens unbekannt war; einen Vormund habe er bis jetzt nicht. Auf Grund § 9 der Verordnung über das Verfahren vor den Schlichtergerichten vom 2. November 1885 wurde die eingelegte Berufung verworfen, da die Berufungsschrift nicht von dem geschäftlichen Vertreter des Verletzten unterzeichnet war. Am 5. Dezember 1891 wurde dieses Urteil dem Verunglückten zugestellt; erst am 23. März legte er Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, den nun auch der neu bestellte Vormund unterzeichnet hatte. Es wurde ausgeführt, daß der Verletzte nicht eher Rekurs einlegen konnte, da er weder Vater noch Vormund besaß. Die Berufungsgesellschaft hingegen beantragte, den Rekurs als unbegründet zu verwerfen, da er nicht binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung eingelegt war, wie es nach § 63 des Unfall-

versicherungs-Gesetzes vom 6. Juni 1884 erforderlich ist. Als im vorigen Jahre das Reichsversicherungsamt sich zum ersten Male mit diesem Prozess beschäftigte, konnte der Senat noch nicht zur endgültigen Entscheidung kommen; damals hatte der Schlichterhof noch ungenügende Beweiserhebung beschlossen. Die Berufungsgesellschaft hatte einen Vertriebsunfall bestritten, da der Unfall sich außerhalb des Fabrikgrundstückes ereignet habe; der Verletzte behauptete jedoch, noch auf dem Fabrikgrundstücke verunglückt zu sein. Die Beweis-erhebungen des Reichsversicherungsamtes fielen zu Gunsten des Verunglückten aus. Nach eingehender Beratung des Senats erklärte der Vorsitzende Direktor Warrus den Rekurs für zulässig und begründet. Das Schlichtergericht habe mit Unrecht seine Entscheidung dem prozeßunfähigen Verletzten zugestellt; die Rekursfrist konnte nicht veräußert werden, solange nicht der Vormund des Verunglückten die Entscheidung des Schlichtergerichts erhalten habe. Auf Grund der angeführten Ermittlungen müsse aber auch materiell dem Rekurs stattgegeben werden; der Verletzte sei daher mit der vollen Rente zu entschädigen.

**„Aufreizung zum Streik bezw. zum Ungehorsam gegen die Gesetze“.** „Verrufserklärung“. Wegen dieses Delikts fand vor der Strafkammer des Landgerichts Dortmund die Verhandlung gegen den Bergarbeiter Wunte statt. Die Straftaten soll Wunte Anfang Januar in Verfammlungen zu Essen und Dortmund, bezw. Dorstfeld begangen haben. Obwohl eine direkte Aufforderung zum Streik ihm nicht nachgewiesen werden kann, so habe doch der Streik im Saarrevier unter Kontraktbruch stattgefunden und Wunte habe jenen Streik als gerechtfertigt erklärt und zur Unterstützung der Streikenden aufgefordert. Seine Äußerungen in den Verfammlungen sollen indirekte Aufforderungen zum Kontraktbruch enthalten, auch die Verrufserklärung sei in dem Sinne liegend, daß man diejenigen „für Alles halten könne“, welche jetzt die Beschlüsse fassen, dann aber nicht durchzuführen, sondern nur Andere aufs Glatteis führen. Wunte wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wovon 1 Monat Untersuchungshaft abgeht, der Angeklagte wegen Verrufserklärung aber freigesprochen.

**An die Metallarbeiter von Baden, Elsaß-Lothringen und der Pfalz.**

Neugewählt wurden für das Landesagitationskomitee: R. Volberauer als Vorsitzender, H. Brucher als Schriftführer. Gleichzeitig werden diejenigen Verwaltungen, welche Verfammlungen wünschen, und die Kollegen in Städten, wo noch keine Verwaltungskasse besteht, gebeten, uns baldmöglichst zu benachrichtigen, damit wir in eine regere Agitation eintreten können. — Briefe und Wertsendungen sind an R. Volberauer, Karlsruhe, Werberplatz 31 zu adressieren.

**Quittung.**

Für die gemachte Vergleute gingen vom „Deutschen Metallarbeiterverband“ bel dem Unterzeichneten ein: Briege M. B. 2,75. Nadeberg H. D. 0,60. Wismarsen R. B. 10. Jena M. W. 9,50. Hildesheim H. 5. Limbach i. S. R. 7,76. Minden i. W. P. M. 7,40. Mannheim G. H. 3. Wolgast G. W. 9,55. Raff M. R. 3. 6. Steinbach M. H. 5,34. Götting H. B. 15,30. Höchst a. M. W. 3. 3,25. Forst a. L. P. R. 4. Bergedorf W. R. 11,50. Friedrichsdorf A. G. 130,30. Striegau i. Schl. H. 7,30. Torgau R. S. 9,20. Hemelingen W. F. 6,85. Hannover D. G. 20. Guben W. R. 5,70. Freese i. Holst. H. D. 5,25. Wschaffenburg H. G. 16,65. Schweinfurt H. R. 7,25. Erfurt G. H. 13,70. Elbing G. H. 20. Pforzheim J. H. 5. Dresden H. 13. Ratingen C. J. 4,70. Schilling-Doos J. Sch. 13. Würzen i. S. P. Bertholz 41,20. Apolda M. J. 5. Neufalz a/D. G. Sch. 3,70. Göttingen M. R. 11. Mülheim a/R. H. D. 8,05. Fürth i. W. G. H. 18,90. Nürnberg J. M. 4. Verband der Buchdrucker, Mitgliedschaft Dortmund 5,25. Auf dem Maschinenbau gesammelt durch Maske (Gesamtergebe Bergmann) 2,82. Hörde Genossen, Risse Nr. 231 19,35. Summa 498,12. Bereits in Nr. 7 quittiert 421,75. Zusammen 919,87. Heinrich Fleer, Kassier der Zählstelle Dortmund des D. M.-V.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. H. W. Dieck's Verlag) ist soeben das 23. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine Rebellion der Junker. — Die Nationalisierung der Gesundheitspflege. Von Eduard Bernstein. — Der erste Jahresbericht für 1892 eines deutschen Fabrikinspektors. Von Dr. Max Quard. — Das nahende Ende des landwirtschaftlichen Großbetriebs. — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Was ist der natürliche Preis des Fleisches. —

Revuillon: Robert Hammerling's Leben und Leistungen. Von Robert Schweißel. (Zahl.) Sozialpolitisches Zentralblatt (herausgegeben von Dr. Eduard Braun, Bar. a. J. von J. Antentas in Berlin), das dem Inhalt der Nummer 22 geben wir hervor: Jahresbericht der Badischen Genossenschaft für das Jahr 1892. Von Prof. Dr. Heinrich Hertner. — Heimstätten und landliche Genossenschaftsvermittlung im deutschen Landwirtschaftsrath. — Arbeitlosentheilung. — Erhebungen über die Lage der schweizerischen Eisenbahnarbeiter. — Lohnbewegung der englischen Grubenarbeiter. — Medizinisch-psychisches Kohlenarbeit. — Die Arbeitslosenstatistik der Handlungsgesellschaften. Von Privatdozent Dr. St. Lidenberg. — Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1892. — Gewerbetreibende wählen in Berlin. — Die Kunst ein soziales Problem. Von Dr. Heinrich Strhanowski.

**Sterbe-Kasse**

- Zentral-Franken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter „Pulkau“.**
- 16502. Karl Grebe, Fabrikarbeiter, geb. 22. Febr. 1864, gest. 31. Okt. 1892 an Lungenentzündung in Hörde.
  - 18970. Julius Göhmann, Schlosser, geb. 14. Sept. 1864, gest. 25. Nov. 1892 an ? in Barop.
  - 27067. Hermann Meier, Metallarbeiter, geb. 3. Juni 1864, gest. 14. Dezbr. 1892 an Lungenentzündung in Stryum.
  - 6202. Ernst Coen, Schlosser, geb. 26. Mai 1860, gest. 20. Dez. 1892 an Magenkrampf in Kippes.
  - 21519. Hermann Dose, Maurer, geb. 27. Mai 1850, gest. 24. Dez. 1892 an Lungenleiden in Wehlsheden.
  - 5349. Albert Salcaushy, Schlosser, geb. 9. Januar 1850, gest. 29. Dezbr. 1892 an Magenkrebs in Königsberg.
  - 12499. Christ. Nolte, Schlosser, geb. 1. Dez. 1850, gest. 1. Jan. 1893 an ? in Herford.
  - 1411. Hermann Clemens, Schlosser, geb. 4. Januar 1839, gest. 29. Dezbr. 1892 an Lungentumor in Berlin 1.
  - 9199. Jakob Niederhausen, Biber, geb. 7. August 1833, gest. 27. Nobbr. 1892 an Lungenkatarrh in München.

**Sterbe-Kasse**

- Allgemeinen Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter. (G. S. Nr. 29.)**
- 3784. Jakob Barenba, Maurer, geboren 11. Juni 1850, gest. 25. Nov. 1892 an Lungenleiden in Wehlshaus.
  - 36411. Joseph Gekel, Metallarbeiter, geb. 15. März 1857, gest. 14. Dez. 1892 an innerer Verblutung in Kiel.
  - 15797. August Hoppe, Messerausmacher, geb. 2. Okt. 1844, gest. 21. Okt. 1892 an Lungenleiden in Dorp-Grüne-wald.
  - 26164. Johann Geisen, Arbeiter, geboren 24. Jan. 1860, gest. 5. Okt. 1892 an Lungenleiden in Raff.
  - 14920. August Zinke, Schlosser, geb. 26. Juni 1864, gest. 18. Dez. 1892 an Lungen-schwindsucht in Weitenfels.
  - 5193. Wilhelm Wienand, Kesselschmied, geb. 25. Juli 1850, gest. 23. Dez. 1892 an Magenleiden in Pflingern.
  - 24967. Karl Bitter, Schlosser, geb. 9. Febr. 1865, gest. 27. Dezbr. 1892 an Schwindsucht in Blagwitz.
  - 5504. Friedrich Klemm, Arbeiter, geboren 16. Juni 1849, gest. 26. Dez. 1892 an Lungenentzündung in Gorbitz.
  - 27982. Karl Edlmann, Arbeiter, geboren 12. März 1873, gest. 28. Aug. 1892 an Cholera in Elbera.
  - 30232. Altian Mack, Frachtleiter, geboren 17. April 1874, gest. 29. Dez. 1892 an Lungenkatarrh in Mannheim.
  - 23223. Robert Stöcker, Schlosser, geboren 9. Sept. 1843, gest. 1. Jan. 1893 an ? in St. Georg.
  - 14425. Christian Nolte, Schlosser, geboren 1. Dez. 1850, gest. 1. Jan. 1893 an ? in Herford.

**Briefkasten.**

W. I. Köhler. Darüber können wir keine Auskunft geben. Glanzhan. Wir ersuchen den Einsender des „Eboras“ um Angabe seiner Adresse. J. J. Feipzig. Desgleichen. Zanzfeld. Die Frage ist ohne Einsicht der Korrespondenten nicht zu beantworten, wenigstens sollte man den Beschlus des Gläubigerausschusses, auf den die Frage abzielt, lesen können. Ist denn das Konkursverfahren noch anhängig oder beendet? Und

Wie? Durch Zwangsvergleich oder durch Ausschüttung der Masse? Sie thun am besten, wenn Sie sich an einen hiesigen Rechtsanwalt wenden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Jachen. Sonntag, 12. März, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Geschäftliches. Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

Berlin. Bekanntmachung. Den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Kenntnis, daß wir das Amt als Vertrauensmann für Berlin vom Hauptvorstand übertragen ist und ersuche ich alle Kollegen, sich in Verbandsangelegenheiten an folgende Adresse zu wenden: William Stück, Berlin S.O., Meanderstr. 8, III.

Wormum. Unsere Versammlungen finden am 1. und 8. Sonntag im Monat im Lokale der We. Fischer am Bahnhof statt.

Brandenburg. Montag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokale bei Herrn Winkel, Hauptstr. 34.

Bernburg. Sonnabend, 11. März, Versammlung in der „Schloßbrauerei“. L.D.: Stichwahl zwischen den Kollegen Dunkel und Schnedenburger. Vortrag des Genossen Karl Schulze über „Weltanschauung und Weltuntergang“.

Bremerhaven. (Sektion d. Klempner.) Sonnabend, 18. März, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im „Kolosseum“. Tagesordnung im Lokal.

Breslau. (Sektion der Klempner.) Sonntag, 19. März, Nachmittags 4 Uhr im „Gasthof zum Nöben“, Bismarckstr. 47, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Abrechnung für Januar-Februar. Wahl des Bevollmächtigten und eines Revisoren. Verschiedenes.

20. Wahlkreis. Die Stichwahl findet nach Beschluß des Zentralwahlkomitees am Samstag, den 11., oder Sonntag, den 12. März statt. Die Stimmzettel, Protokolle, Wählerlisten sind nach der Wahl an Unterzeichneten zu schicken.

Grünbaum, Vorsitzender. Coburg, Schenkstraße 6.

Grimmitzschau. Die Einzelmitglieder des D. M. V. werden auf Sonnabend, 11. März, zu einer Besprechung in Ahner's Herberge eingeladen. — Zugleich mache ich alle zurückbleibenden Mitglieder auf ihre Pflichten und Rechte aufmerksam. Der Vertrauensmann: G. Kausendtschön, Jakobsgasse 9.

Hortmund. Sonntag, 12. März, Abds. 6 Uhr, Versammlung. L.D.: Vortrag. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. — Wir ersuchen die Mitglieder, die Beiträge pünktlicher zu zahlen; diejenigen, welche länger im Rückstand sind, können die Beiträge in Raten nachzahlen bei den Wirtzen Butte, Meier-Ebert und Hönig, jeden Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr.

Prasden. Sonnabend, 18. März, Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für Dresden-Alte Stadt und Umgebung im kleinen Saale des „Arianon“. L.D.: Diskussion über Anträge zur Generalversammlung. (Mitbringen der „Metallarh.-Ztg.“ Nr. 7 und 8 ist notwendig.) Vorlage der Abrechnung für Jan.-Febr. — In folgenden Lokalen in Dresden-Alte Stadt werden regelmäßig Sonnabends von 8—10 Uhr Beiträge entgegengenommen: Stöhr's Rest., Freiburgerplatz 5 im Hof 1 Er. Daisch's Bibliothek. — Gasth. „Stadt Rastau“, Schäferstr. 20. — Kämpfer's Rest., Söhlon, Bernerstr. — Metallschläger: Seif's Gasth., Al. Brüdergasse 17. — Graube und Bielewicz: Am Poppitz, Rest. Proß. Den Mitgliedern ist hiermit genügend Gelegenheit geboten, ihre Beiträge zu begleichen.

Jurisch. Sonntag, 12. März, Bergungsgang nach Erkunwetterbach, wozu die Kollegen sich zahlreich einfinden mögen. Abmarsch 1 Uhr vom „Alten Fritz“.

Erfurt. Sonnabend, 11. März, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. L.D.: Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Stichwahl zur Generalversammlung. Verschiedenes. — Sonntag, 12. März, Nachmittags halb 2 Uhr, Ausflug nach Biesfeld. Treffpunkt Gasthaus „zum Reichsanler“. Nicht der Genossen ist es, Sonnabend und Sonntag recht zahlreich zu erscheinen.

Eplingen. Samstag, 11. März, gemeinschaftliche Versammlung sämtlicher organisierten Metallarbeiter Eplingens. L.D.: Vortrag über die Geschichte des Arbeiterbewegens. Referent: Herr Ingenieur Morgenstern aus Stuttgart. Vor und nach dem Vortrag Einzählung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Frankenthal. Sonntag, 12. März in der Turnhalle öffentliche Aufführung: „Der Deserteur“. Mitglieder haben unter Vor-

zeigung des Mitgliedsbuches freien Eintritt. Anfang 8 Uhr.

Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler.) Samstag, 11. März, Abends halb 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant Stein, große Gallusgasse 2 (außerhalb wohnlich). L.D.: Aufnahme und Einzählung. Diskussion über Anträge zur 1. ordentl. Generalversammlung. Unterstufungsfond. Verschiedenes und Fragekasten.

Gießen. Samstag, 18. März, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Bericht des Delegierten von der Konferenz in Neu-Isenburg. Besprechung der zurückbleibenden Mitglieder. Verschiedenes.

Görlitz. Montag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Hellmann, Langenstr. 46. Tagesordnung im Lokal. — Alle Nichterwähnten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, da wir sonst nach § 3 verfahren müssen.

Grevenbroich. Sonntag, 12. März im Lokale des Herrn Segen (Eisen) öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.D.: Vortrag. Gründung einer Zählstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die neuer Metallarbeiter werden hierzu freundlich eingeladen. Zur Dedung der Tageslosten wird ein freiwilliges Eintrittsgeld erhoben.

Gr. Schönan. Sonntag, 12. März, Nachm. 3 Uhr, Besprechung und Zahlung in Fischer's Restaurant, Waltersdorferstr. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß dies der letzte Zahltag vor der Abrechnung Januar-Februar ist und werden die Mitglieder ersucht, ihre Beiträge bis dahin zu begleichen. Diejenigen Mitglieder, welche 8 Wochen im Rückstand sind und bis dahin ihre Beiträge nicht entrichtet haben, erhalten von jetzt ab keine Zeitungen mehr, ev. werden dieselben am 15. März nach § 3a gestrichen. Es wird auch nochmals auf die Erhebung der Delegiertenmarken aufmerksam gemacht, da dieselben doch schon am 28. Febr. eingelöst sein sollten. Vom Genossen Hempel wurde uns das Anerbieten gemacht, seine Privatbibliothek zu benutzen und soll dies seine Erlebigung mit finden.

Hann. Samstag, 12. März, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zur „Schwedischen Krone“. L.D.: Bericht von der Bezirkskonferenz. Kassenbericht. Zeitungsbilanz. Verschiedenes.

Heidenheim. Sonntag, 12. März, Nachmittags 4 Uhr im „Gasthaus zum Gärtner“, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Aufnahme. Erhebung der Beiträge und der Delegiertenmarken. Das Uebrige im Lokal. — Die säumigen Mitglieder werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls dieselben öffentlich bekannt gegeben werden.

Heilbrunn. Samstag, 11. März, Abds. 8 Uhr bei Rainbach Mitglieder-Versammlung. L.D.: Beratung der Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes.

Heilbrunn. (Allg.) Samstag, 11. März, Abends halb 9 Uhr im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die Mitglieder, welche ihre Delegiertensteuer noch nicht entrichtet haben, werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — Das Mitglied Michael Ringes, Spengler aus Füllingen, Hauptstr. 47905, welches abreiste, ohne sich abzumelden und außerdem das Buch „Die Neue Zeit“, 4. Jahrgang 1886, aus der Bibliothek mitgenommen hat, wird hiermit aufgefordert, dasselbe zurückzugeben.

Hiel. (Allg.) Mittwoch, 15. März, Abds. 8 Uhr in den „Zentralhallen“, Alte Reihe 8, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Aufnahme. Abrechnung. Bekanntgabe der Stichwahl. Lokalfrage und Besprechung der Anträge zur Generalversammlung. Wir machen hier nochmals aufmerksam auf den Beschluß der vorigen Versammlung, daß dieselben spätestens halb 9 Uhr eröffnet sein müssen, und ersuchen die Kollegen, demgemäß zu erscheinen.

Hindern. Sonntag, 13. April, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im „Holländer“. L.D.: Vortrag. Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. — Das Mitglied des D. M. V. August Jänkert aus Spandau, früher in Hannover, wird ersucht, seine jetzige Adresse umgehend an G. Weirich, Bevollmächtigter, Hindern, Falkenstr. 62, mitzutheilen.

Heilbrunn. Sonnabend, 11. März, Abds. halb 9 Uhr, große öffentliche Versammlung. L.D.: Die kapitalistische Produktionsweise und die Bestimmung der Massen. — Jeden Sonntag Vormittags von halb 11 Uhr an Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. — Die zurückbleibenden Mitglieder werden auf § 3a aufmerksam gemacht.

Högeldorf. Sonntag, 12. März, Ausflug nach Behringersdorf in das Gasthaus des Herrn Hauptner.

Hordhausen. Sonntag, 12. März, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal „Schützen-

haus“, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Abrechnung von Jan.-Febr. Wahl eines Kassiers. Verschiedenes. — Unser bisheriger Kassier, der Schlosser Otto Pfäfler von hier, ist nach Unterschlagung von ca. 50 Mk. Verbandsgebern seit dem 1. März flüchtig. Die Kollegen allerorts werden ersucht, bei ihrem etwaigen Auffinden denselben sofort dingfest zu machen und Nachricht gelangen zu lassen an unsern Bevollmächtigten August Bapst, Klost. rthof 29.

Hürnb. (Sektion der Flaschner.) Sonntag, 12. März, Vorschlag in den „Mittelsaal“, Röhrenstraße.

Hürnb. (Sektion d. Metallarbeiter.) Sonntag, 12. März, Vorschlag: Restauration „Reichenhall“, S. Wismüller, Bergstr.

Hürnb. (Sektion d. Metallarbeiter.) Sonntag, 12. März, Vormittags 10 Uhr im „Contingentgarten“ Mitglieder-Versammlung. L.D.: Stellungnahme zum dritten Schlägerkongress. Nachwahl zur Generalversammlung. Verschiedenes.

Hürnb. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Sonntag, 19. März, Nachm., Vorschlag in die Restauration „Abendstern“, Wiesenstraße, Weiweißhof.

Hürnb. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 18. März, Abends 8 Uhr im Vereinslokal, „Wirtshaus zum Sammerthal“, Mitglieder-Versammlung. — Sonntag, 19. März, Vorschlag in die „Restauration zum großen Feldmarschall“, Mathildenstr.

Hürnb. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 11. März, Abds. 8 Uhr im Saale des Restaurants „Sängertranz“ Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. — Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir unseren bisherigen Kassierern, den Herren Spanner und Seibold gekündigt und unsern gemächtesten Kollegen Julius Pfändt als Kassierer angestellt haben. Derselbe trat am 4. März in seine Funktion und werden die Mitglieder gebeten, ihm in jeder Beziehung die Uebnahme zu erleichtern und hauptsächlich im Fall des Uebersehens sofort an den Bevollmächtigten Joh. Großberger, Adamstr. 9, Nachricht gelangen zu lassen.

Hürnb. Samstag, 11. März, Abds. 8 Uhr im „gold. Löwen“, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Generalversammlung. Verschiedenes. Resultat der Delegiertenwahl. — Sonntag, 19. März, Abendunterhaltung mit Tanz im „Wilhelmshof“. Kassierführung Abends 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Zur Ausführung gelangt: „Brexitprozess“ über „Die Tochter des Staatsanwalts“. Ferner: „Der Schlingel“ und u. a. humoristische und politische Vorträge. Mitglieder mit Familien 20 J. Nichtmitglieder die Person 30 J. Eintrittskarten werden in der Versammlung abgegeben.

Hütthappel. Sonnabend, 11. März, Abends halb 9 Uhr, Versammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. in der „Koch'schen Schänke“ zu Döhlen. L.D.: Vortrag über amerikanische Arbeiterverhältnisse. Gewerkschaftsliste. — Die Referenten werden auf § 3 Abs. 7 aufmerksam gemacht. Alle über 2 1/2 Monate rückständigen werden in der Versammlung veröffentlicht, wenn nicht gestundet ist oder Krankheit angegeben werden kann.

Regensburg. Samstag, 11. März, im Lokale von G. Schmidt, Reppelerstraße D. 34 Monats-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Rositz. Sonnabend, 18. März, Mitglieder-Versammlung in der „Brunnenhalle“. L.D.: Vortrag. Diskussion darüber. Verschiedenes.

Schalk. Sonnabend, 11. März, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Wirt's Rlee, Ecke Grenz- und Kaiserstraße, Gelsenkirchen. Die Mitglieder bürger sind mitzubringen. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, namentlich in Betreff der Delegiertenmarken.

Siegen. Reiseunterstützung wird im Vereinslokal bei Birtz Oeffert, Böhrestraße, ausbezahlt. — Adresse des Bevollmächtigten: W. Rahm, Sieghäuter-Schansee 197.

Schnitzing-Doos. Sonntag, 19. März, Vormittags 10 Uhr bei Speigl in Muggen-hof, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Stuttgart. Samstag, 11. März, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Alteutschen Bierstube“ von G. Weiß in der Katharinenstraße. L.D.: Besprechung der lokalen Arbeitsverhältnisse. Gewerkschaftsbericht. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission. Verschiedenes. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Stuttgart. Samstag, 11. März, Versammlung der Faktion der Flaschner in Bogner's Lokal, Christophstr. 9. L.D.: Aufnahme und Einzählung. Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Witten. Sonntag 12. März, Nachm. 5 Uhr bei Birtz Dahn, Versammlung. L.D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme

neuer Mitglieder. Verschiedenes und Fragekasten. — Diejenigen Mitglieder, welche vier Wochen und länger Bücher aus der Bibliothek e stiehen und nicht um Stundung nachgesucht haben, werden ersucht, in der kommenden Mitglieder-Versammlung dieser Verpflichtung nachzukommen.

Murzen. Sonntag, 12. März, Nachm. halb 4 Uhr im „Thüringer Hof“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung der Einzel-Mitglieder des Verbandes. L.D.: Vortrag von Aug. Fleischer. Stichwahl. Verschiedenes. Diejenigen Kollegen, welche noch keine Delegiertenmarken haben, werden aufgefordert, sich so schnell als möglich damit zu versehen, da jetzt abgerechnet werden muß.

Hamburg. Öffentliche Versammlung der Kampfer n. v. D. Hamburgs am Sonntag, 12. März, Nachmittags 2 Uhr bei Köhler, Valentinskamp. L.D.: Die Arbeitszeit während der Wintermonate und wie stellen wir uns dazu.

Murzen. (Metallarh.-Verein.) Sonnabend, 11. März, Abends halb 9 Uhr im „Thüringer Hof“, außerordentliche Generalversammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Regelung der Herbergsfrage. Statutenberatung. Verschiedenes und Fragekasten.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 25. Februar starb unser Kollege Nikolaus Stark, Schlosser von hier an der Proletarierkrankheit. Wir verlieren in ihm ein treues und tüchtiges Mitglied und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach. Die Mitglieder der Allg. Verwaltungsstelle Rasthauslauren.

Zur gest. Beamtung!

Eine ausgezeichnete Festschrift zur Feier des 18. März ist soeben bei uns erschienen:

Zum 18. März

und Verwandtes

von Wilhelm Liebknecht.

Dieselbe ent.ält: 1) Vorwort. 2) Märzfeier (eine von ihm 1891 in Hamburg gehaltene Festschrift) 3) Die Junischiacht. 4) Eine Geschichte der Commune. 5) Die Pariser Blatwoche. 6) Zur Erinnerung an die letzten Matintage 1871.

In dem über 3 Bogen starken Schriftchen haben die Genossen nicht nur vorzügliches Agitationsmaterial, sondern auch eine kurz gefasste Geschichte der achtundvierziger Märzbebewegung, der Junischiacht in Paris und der Commune.

Die Broschüre kostet 25 Pfennige. Einzelne Broschüren nach auswärts gegen Einlieferung von 30 J franko.

Wiederverkäufer erhalten lobnenden Rabatt.

Nürnberg. Wörlein & Comp.

Technicum Mittweida

Sachsen. a) Maschinen-Ingenieur-Schule b) Werkzeugmeister-Schule. — Vorunterricht frei. —

Auforderung. Der San-Josef Karl Gertz, geb. am 15. August 1875 zu Göhr, Buch Nr. 40, 149, wird hiermit aufgefordert, der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer zu Braunschweig das aus der Bibliothek entlehene Buch zuzusenden. Diejenigen Verbandsbeamten, welche den Aufenthaltort des r. Gertz kennen, werden ersucht, uns umgehend davon Mitteilung zu machen.

H. Bracke, Bevollmächtigter, Sad 111 V.

Der Schlosser Gustav Hansmann aus Barmen wird ersucht, seine Adresse wegen Familienangelegenheiten an uns abzulassen zu lassen. Ortsverw. Barmen.

Der Klempner Paul Stumpe, Buch Nr. 27976, wird ersucht, seine Adresse an die Unterzeichnete gelangen zu lassen, damit er sein Mitgliedsbuch zugestellt erhält.

Ortsverwaltung Pant.